

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, mit dem Tagesordnungspunkt 3,

Anfragen gemäß § 54 der Landtags-Geschäftsordnung

Ehe ich die erste Anfrage aufrufe, begrüße ich recht herzlich die Seniorenrunde Rankweil mit 109 Teilnehmern bei uns. (Beifall! – Zwischenrufe – Bravo!) Die sind so viele, dass sie in zwei Schichten den Saal besuchen müssen.

Ich rufe auf, die

Anfrage der Frau Abgeordneten Mandak an Landesrat Dr Bischof betreffend psychologische Betreuung in Krankenhäusern (910-88),

eingelangt am 28. Februar 2001, schriftlich beantwortet am 28.03.2001. Wünscht die Anfragerin das Wort? – Das ist der Fall. Ich erteile es ihnen.

Mandak: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landesrat Bischof! Ich danke einmal für die sehr ausführliche Anfragebeantwortung, wonach zum Ausdruck kommt, dass im Land eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der gesundheitspsychologischen Betreuung in den Krankenhäusern gesetzt werden. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass im Vorarlberger Spitalgesetz sowohl die psychologische als auch die psychotherapeutische Versorgung durch fachlich qualifizierte Personen festgeschrieben ist. Der Gesetzgeber anerkennt damit, dass das seelische Wohl der Patientinnen und Patienten einen wesentlichen Anteil zur körperlichen Gesundung beitragen kann und im entgegengesetzten Fall die nicht beachteten und nicht angesprochenen seelischen Belastungen die körperliche Genesung verzögern oder gar verunmöglichen können. Der Einsatz von Psychologen und Psychologinnen und anderen qualifizierten Personen ist also fachlich unumstritten.

Die Frage ist, in welchem Ausmaß eine Betreuung stattfinden soll. „Wie viel psychologische Betreuung ist notwendig, um das Ziel zu erreichen, dass sich die Patientinnen und Patienten psychisch möglichst wohl fühlen bzw nicht zu belastet sind, die körperliche Genesung dadurch beschleunigen und somit auch rechnerisch einen enormen Nutzen haben?“ Diese Sichtweise aber, nämlich in welchem Ausmaß die Betreuung stattfinden soll, die fehlt mir in der vorliegenden Beantwortung. Ja mehr noch, die Beantwortung ist in einem wichtigen Punkt widersprüchlich.

Einerseits antworten Sie, dass die Einrichtung von klinisch-psychologischen und gesundheitspsychologischen Betreuungsdiensten unter Bedachtnahme auf das grundsätzlich einzuhaltende Kostencontainment in der Spitalsfinanzierung nur in einer schrittweisen Entwicklung möglich ist. Das heißt auf gut Deutsch, die psychologische Betreuung wird nur nach und nach möglich sein, weil sie einfach zu teuer ist. Unmittelbar darauf sprechen Sie aber davon, dass derzeit eine ausreichende gesundheitspsychologische Betreuung gegeben ist.

Und ich frage mich, was will das Land und was wollen Sie, Herr Landesrat? Wollen Sie die derzeitige Situation verbessern oder wollen Sie, dass alles so bleibt, wie es bisher ist? Wollen Sie also alles belassen? Wenn derzeit keine Klagen vorliegen, so wie's in der

Anfragebeantwortung heißt, so heißt das für mich nicht, dass die psychologische Betreuung tatsächlich in einem ausreichenden Ausmaß gegeben ist. Ich frage mich zum Beispiel, wo die psychologische Betreuung der besonders für den psychosomatischen Bereich zuständigen Abteilung Maria Rast zu finden ist? Dort ist ja einerseits der Primar eben selbst Psychotherapeut und kann somit tätig sein, zum anderen gibt's eine Therapeutin mit einer 30-Stunden-Stelle. Und Ihren Ausführungen zufolge stehen für das gesamte Landeskrankenhaus Feldkirch, dem ja Maria Rast angegliedert ist, folgende Dienstposten zur Verfügung: nämlich 0,5 Stellen für die psychologische Betreuung und 0,75 Stellen für die Psychotherapie. Das heißt also, wenn da Maria Rast dabei ist, was bleibt dann für das Landeskrankenhaus Feldkirch, das heißt für den Teil, der in Feldkirch angesiedelt ist? Wenn man davon ausgeht auch, dass allein in diesem Haupthaus sozusagen 515 Patientinnen und Patienten versorgt werden, dann frage ich mich, wo da das Angebot zur Verfügung steht, um sie entsprechend betreuen zu können?

Mir ist eines klar und Sie haben das auch in ihrer Anfragebeantwortung noch einmal dargelegt, dass natürlich auch andere Personen diese Unterstützung geben können, andere qualifizierte Personen. Wenn man aber davon ausgeht, dass zum Beispiel engagierte Schwestern oder Pfleger oder Ärzte und Ärztinnen natürlich auch in diesem Bereich unterstützen und helfen, so muss man natürlich davon ausgehen, dass diese Berufsgruppen eine ganze Reihe sonstiger Aufgaben zu bewältigen haben und einfach nicht die Zeit haben im Alltag, um wirklich intensiv auf psychische Probleme der Patientinnen und Patienten einzugehen. Wir meinen, dass es dringend notwendig und sinnvoll ist, im Bereich der psychologischen Betreuung an den Landeskrankenanstalten aktiv tätig zu werden und nicht auf Klagen zu warten, sondern einen Ausbau der psychologischen Betreuung anzustreben. Mit einem mittel- und langfristigen Konzept für einen konsequenten Ausbau der psychischen Betreuung an den Krankenanstalten des Landes wäre nämlich nicht nur den betroffenen Patientinnen und Patienten gedient, sondern durch kürzere Aufenthalte im Spital auch dem Land Vorarlberg. Danke! (Beifall!)

Präsident: Danke! Ich begrüße auf der Zuschauergalerie die 4. Klasse der Handelsakademie Bregenz, das ist die Klasse der Frau Dr Mennel. (Beifall!) Als Nächste hat sich die Frau Dr Sader zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Dr Sader: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Mandak hat an Landesrat Bischof eine Anfrage gestellt. Die Anfrage beinhaltet eine zentrale Frage, und zwar, ob denn nun in unseren Krankenhäusern eine ausreichende psychologische Betreuung von PatientInnen besteht? „Ist es denn gut so, wie es ist?“, fragt sie. Die Antwort von Landesrat Bischof beinhaltet eine ebenso zentrale Aussage, nämlich, „jawohl, es ist gut so wie es ist“. (Zwischenruf Schröckenfuchs: Also, denn passt's eh! – Heiterkeit!) Ich zitiere, mit Erlaubnis des Präsidenten: „Nach meinen Informationen“ - also nach den Informationen des Herrn Landesrates Bischof - „ist derzeit eine ausreichende gesundheitspsychologische Betreuung gegeben. Es liegen in den Krankenhausleitungen keine Klagen vor.“ – Ende des Zitates.

Nach meinen Informationen, Herr Landesrat Bischof, liegen sehr wohl Klagen über die gesundheitspsychologische Versorgung vor. (Zwischenruf Schröckenfuchs) Meine Informationen beziehen sich allerdings nicht auf Krankenhausleitungen, meine Informationen beziehen sich auf Betroffene. Ich habe gerade in den letzten paar Tagen von einer großen

Selbsthilfegruppe nach Brustkrebs Klage über die fehlende psychologische Begleitung gehört. Manche betroffene Patientin klagt sogar darüber, dass nicht einmal die medizinische Aufklärung nach Brustkrebs gegeben wird, geschweige denn eine psychologische Begleitung angeboten wird. Ich höre häufig Klagen wie, „man hat mich einfach entlassen, ohne mir irgendein weiteres, ein anleitendes Wort mitzugeben“.

Herr Landesrat Bischof, nach meinen Informationen gehört die psychologische Begleitung ausgebaut, und zwar nicht nur ausgebaut, sondern es ist auch ganz wichtig, eine Kontinuität zu schaffen zwischen der Betreuung im Krankenhaus und der Nachsorge, vor allen Dingen bei Brustkrebsleiden. Ich erwähne das deswegen so explizit, weil Brustkrebsoperationen zu denjenigen Krebsoperationen gehören, die nachher am meisten diese äußeren Zeichen der Verletzung hinterlassen. Deswegen erwähne ich es besonders. Eine psychologische Begleitung im Krankenhaus und eine Kontinuität und Überführung in die entsprechende Nachsorge muss eingeleitet, muss gewährleistet und muss auch zumindest als Angebot in jedem Fall vertreten sein.

Meine Damen und Herren! Eine zweite Überlegung beschäftigt mich im Zusammenhang mit dieser Anfrage. Vor Kurzem ist eine junge Fachärztin auf nicht natürliche Art und Weise um ihr Leben gekommen. Es war eine junge, gescheite Frau und eine beruflich sehr engagierte Kollegin. Es haben alle gesagt, „schrecklich, wie es so etwas geben konnte“. Ich hab mit denjenigen gesprochen, die sie ein bisschen besser kannten, und sie meinten, „ihr Suizid habe auch etwas mit ihrer Arbeitsbelastung zu tun gehabt“. Meine Damen und Herren! Krankenhäuser bieten für das medizinische Personal häufig psychische Extremsituationen, die sehr schwer verkraftbar sind. Es gibt häufig Situationen in Spitälern, die die Verantwortlichkeit des Einzelnen zu sehr belasten. Eine psychologische Begleitung, eine Supervision oder coaching – oder wie immer Sie das nennen wollen – für medizinisches Personal wäre auch eine sehr wichtige Sache und könnte in Zukunft vielleicht dem einen oder anderen Kollegen oder der einen oder anderen Kollegin das Leben retten. Ich danke schön! (Beifall!)

Präsident: Dazu nimmt der Herr Landesrat Dr Bischof Stellung.

Dr Bischof: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesen Bereichen muss man differenzieren, was man unter psychotherapeutischer, psychosomatischer Behandlung und psychologischer Begleitung verstehen kann und soll. Ich bin natürlich der Meinung, obwohl das auf den Universitäten zu wenig gelehrt wird, dass die psychologische Wortwahl eine Grundvoraussetzung bei allen Pflegekräften und auch bei der Ärzteschaft sein muss. Auf einem psychologisch guten Zusammenwirken mit dem Patienten in einen tiefen Kontakt zu kommen – das ist sicher etwas Wesentliches.

Ich glaube nicht, dass unter Gesundheitspsychologie verstanden werden kann, dass all diese Mankos, die aus den verschiedensten Gründen entstehen können, eben ausbildungsbedingt oder auch charakterbedingt entstehen können, dass all diese Mankos über Gesundheitspsychologen abgedeckt werden können. Aber, je nach Aufgabenbereich eines Krankenhauses – und darum habe ich schon sehr wohl definiert, was psychologische Begleitung und Betreuung bedeutet -, je nach Aufgabenbereich eines Krankenhauses muss der Einsatz von Psychologen unterschiedlich intensiv erfolgen. Es ist natürlich klar, dass am Landeskrankenhaus Rankweil im Dienstpostenplan entsprechende Stellen berücksichtigt sind,

es sind auch entsprechende Dienstposten am Landeskrankenhaus Feldkirch berücksichtigt, vor allen Dingen in der Kinderpsychologie. Ich weiß, dass das Eingehen auf der psychologischen Ebene auch durch unsere Psychotherapeuten und Psychosomatiker miterledigt wird, allerdings ist die Zielsetzung in der Psychotherapie und der Psychosomatik eine andere als wie in der reinen Gesundheitspsychologie.

Und darum haben wir auch einen Bedarf, vor allen Dingen auf die Zukunft gesehen. Die High-Tec-Medizin mit ihren Möglichkeiten wird ständig zunehmen. Wir können bestimmte Eingriffe heute ohne Weiteres verantworten, was vor 10 Jahren noch nicht einmal denkbar gewesen wäre. Vor allen Dingen auch bei alten Personen Eingriffe verantworten, die vor nicht allzu langer Zeit nicht zu verantworten gewesen wären. Das ist die, Gott sei Dank, moderne Entwicklung unserer Medizin, dass wir in vielen Fällen helfen können, was früher nicht möglich war, aber natürlich damit auch viele Patienten in Extremsituationen sehen, die wesentlich mehr psychologische, psychotherapeutische Begleitung benötigt. Darum glaube ich, dass wir nicht uns auf dem Status, auf dem wir jetzt sind, festmachen können und keine Herausforderungen in diesem Bereich für die Zukunft sehen. Es kommt ja noch dazu, dass der stationäre Aufenthalt, die so genannte „Verweildauer“, sich immer mehr und mehr verkürzt. Darum ist es auch auf diesen Bereichen notwendig, möglichst rasch die Verbindung zum ambulanten Bereich herzustellen, nach kurzer Verweildauer die Patienten in dieses in Vorarlberg besonders vorbildlich ausgebaute Netz der psychotherapeutischen Behandlung im ambulanten Bereich überzuführen. Und da gebe ich durchaus zu, dass auf dem Weg aus dem Krankenhaus in die ambulante Versorgung, in diesen Bereichen noch Lücken bestehen. Diese Lücken müssen geschlossen werden. Das ist wiederum mit meiner Forderung nach einem Gesundheitstopf, und damit einer klaren Finanzierungsregelung bei der Übernahme von Patienten in die ambulante Struktur verbunden. Auch hier ein Beleg dafür, dass eine Finanzierung aus einem Guss solche Schnittstellenprobleme wesentlich besser überbrücken könnte als wie es derzeit die Situation gegeben ist.

Aber vor allen Dinge auch der Erfolg in der Onkologie ist ein hervorragender. Es gibt hier sehr lang dauernde Betreuungsfälle und Therapieebenen, die heute im Sinne des Patienten hervorragend genutzt werden können. Hier geht es aber nicht um die psychologische Betreuung. Eine länger dauernde Betreuung und Behandlung gehört wieder eindeutig in den Bereich der Psychotherapie.

Maria Rast ist sicherlich ein Krankenhaus, wo neben der Psychotherapie und der psychosomatischen Betreuung ein hervorragendes Klima zwischen ÄrztInnen, PatientInnen, aber auch MitarbeiterInnen im Pflegebereich besteht, weil man, wie ich einleitend bemerkt habe, eben der psychologischen Wortwahl dort großes Augenmerk schenkt. Viele Krankenhäuser könnten sich in diesem Bereich durchaus auch etwas von Maria Rast abschneiden. (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Ich rufe die Frau Mandak ans Rednerpult.

Mandak: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Herr Landesrat Bischof, mir ist noch immer nicht ganz klar geworden, wenn wir beim Landeskrankenhaus Feldkirch eine 0,75-Stelle für Psychotherapie aufgelistet finden, und diese Stelle ist offenbar Maria Rast zugeordnet, dann frage ich mich, wo ist die psychologische Betreuung für über 500 Patientinnen und Patienten im Krankenhaus in Feldkirch? Dann bleiben nämlich genau noch

eine halbe Stelle für psychologische Betreuung. Und wie auch immer man das drehen und wenden mag, ist es, denke ich, völlig klar, dass das nicht ausreichen kann.

Und wenn Sie davon sprechen, dass die psychologische Wortwahl auch bei Ärztinnen, Ärzten und dem Pflegepersonal wichtig ist – natürlich ist es das. Aber Sie wissen doch als Insider ganz genau, unter welchem Zeitdruck hier zum Teil gearbeitet wird und immer mehr gearbeitet werden muss, sodass eben für diese psychische Betreuung der Patientinnen und Patienten einfach die Zeit schlichtweg nicht bleibt, auch wenn die Behandelnden das natürlich oft gerne machen würden und ihnen das als sehr wichtiger Teil ihres Aufgabenbereichs erscheint, sie können's trotzdem nicht tun, weil sie einfach zu viele Patientinnen und Patienten versorgen müssen. Ich glaub, dass es hier auf jeden Fall Nachholbedarf gibt und würde mir wünschen, dass Sie auch dazu bereit sind, wirklich das auf Grund eines mittel- bis längerfristigen Konzepts zu tun.

Ich hab die Frage gestellt, ob es ein Konzept gibt zum Ausbau, zum konsequenten Ausbau. Da haben Sie dann geantwortet, „dass das Land nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfes schrittweise ausbaut bzw sich darum bemüht“. Ich muss Ihnen sagen, das ist mir von den Forderungen her zu wenig. Ich möchte, dass das klar geregelt ist. Denn wer definiert denn diesen Bedarf? Es muss ja jemand da sein, der sagt, „Achtung, Achtung, wir haben hier eine halbe Stelle psychologische Betreuung für 511 Patientinnen und Patienten, das ist eindeutig zu wenig. Land, bitte tu etwas, bau aus, geh diesen Weg konsequent weiter!“ Ich freue mich ja grundsätzlich, dass wir inhaltlich einer Meinung sind, dass ausgebaut werden muss. Wir sind aber der Meinung, dass das wirklich nach einem Fahrplan passieren muss und konsequent passieren muss nach einem Konzept, und nicht, so wie's in Ihrer Anfrage herauskommt, doch sehr willkürlich und ohne ganze klaren Plan dahinter. Danke!

Präsident: Herr Dr Bischof, bitte.

Dr Bischof: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss noch einmal auf das Grundthema eingehen, was ist Gesundheitspsychologie und was ist psychotherapeutische Behandlung und Begleitung? Wir haben im Landeskrankenhaus, gerade im Landeskrankenhaus einen wesentlich höheren Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung – auf der Intensivstation für onkologische Patienten und so weiter. Der Bedarf an gesundheitspsychologischer Begleitung ist natürlich im Landeskrankenhaus nicht höher als in den anderen Krankenhäusern des Landes. Das muss differenziert werden. In erster Linie und als Wesentliches ist für mich natürlich die Psychotherapie im Vordergrund – das muss ich mit (Zwischenruf Mandak: Da gab's ja auch kaum Stellen!) – da gibt es genug Stellen, natürlich. Alle Psychiater des Landeskrankenhauses Rankweil haben eine psychotherapeutische Ausbildung, und die stehen Tag und Nacht konsiliarisch zur Verfügung und wir haben ja auch Stellen direkt im Haus. Also ich glaube, dass man zumindest die psychotherapeutische Begleitung in den erwähnten Fächern, vor allen Dingen Intensiv und Onkologie, wo ja auch wesentlich mehr getan wird in den letzten Jahren als wie vor, wie schon erwähnt, 15 oder 20 Jahren, das ist mir ein großes Anliegen, ja.

Die Psychologie ist ein zweites Thema. Ich glaube, dass wir aber die notwendigen freien Valenzen mehr auf die psychotherapeutische Begleitung legen sollten. Die Bedarfserhebung ist eine sehr, sehr schwierige. Wir haben uns vor drei Jahren, vor der Gesetzgebung, vor der Novellierung des Spitalgesetzes, intensivst mit dem Psychotherapeutenverband ins Gespräch

gesetzt. Auch von dieser Seite wurde die Definition „nach Bedarf und krankenhausspezifisch“ akzeptiert. Bedarf, wie ich erwähnt habe, ist zunehmend gegeben, durch die Veränderung der Gesamtsituation an den Krankenhäusern. Und diesen auf uns zukommenden Bedarf werden wir abdecken müssen.

Ich darf vielleicht gerade noch eine kurze Bemerkung zu Ihnen, Frau Dr Sader, machen. Die von Ihnen angesprochene Ärztin, mit der ich noch zusammenarbeiten durfte, hatte durch unglaubliches Engagement, aber auch Fachwissen immer schon imponiert. Es ist immer eine psychische Schwierigkeit, bei Engagement und Belastbarkeit selbst erkennen zu können oder auch im sehr starken Engagement für die Patienten selbst zu erkennen, wenn man selbst Hilfe von außen braucht – das ist richtig. Wir haben natürlich auch in unseren Krankenhäusern, und vor allen Dingen im Bereich der Pflege, immer die Möglichkeit, eine Supervision in Anspruch zu nehmen. In vielen Fällen wird dieses auch systematisch durchgeführt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass Ärzte dieses „Hilfe nehmen“ durchaus auch als eigene Schwäche interpretieren könnten, und damit ist die Barriere hin zu einer Supervision oder zu einer Hilfe gerade für Ärzte sehr hoch. (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Frau Dr Sader, bitte.

Dr Sader: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte in diesem Zusammenhang nur noch ganz kurz die Situation der Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern beleuchten. Es wird gerade in Zeiten wie diesen, wo die Apparatedizin deutlich zunimmt, wo die Möglichkeiten der Untersuchungen deutlich zunehmen, die Möglichkeiten diverser Tests, die Möglichkeiten, von einem Facharzt zum anderen zu schicken und so weiter, diese Sparte in der Medizin nimmt sehr stark zu und wird weiterhin sehr stark zunehmen. Man hat natürlich vor Jahren schon erkannt, dass es gerade im Umgang mit dem Menschen in der Psychologie und in der Instrumentalisierung der psychologischen Kenntnisse, dass es da bei Ärzten und Ärztinnen fehlt, dass da ein Manko ist. Was hat man für einen Schluss daraus gezogen? – Man hat das Fach „medizinische Psychologie“ eingeführt, sozusagen als Zusatzfach. Studentinnen und Studenten haben jetzt neben den ganzen anderen Fächern einfach auch dieses Fach „medizinische Psychologie“ noch zu absolvieren, und damit ist es dann getan. Vielleicht ist das ein Ansatz, den man einmal überdenken sollte im Rahmen der Studienordnung, ob das wirklich der richtige Ansatz ist zu einer menschlicheren Behandlung, zu einer „von-Du-zu-Du-Behandlung“ zu kommen, ob das der richtige Ansatz ist, ein neues Fach einzuführen. Die Absicht war sicherlich gut, allein ich bin der Auffassung, sie hat den Zweck verfehlt. Danke! (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Damit ist; nein, Dr Keckeis hat sich noch zu Wort gemeldet.

Dr Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Landesrat Bischof – ja, da ist er eh schon, ja -, der kann jetzt hier herumeiern, wie er will in dieser Frage, die Kollegin Mandak und auch (Zwischenruf Halder: Das hat mit Ostern nichts zu tun!), und auch die Kollegin Sader, haben (Zwischenruf Halder: Das hat mit Ostern überhaupt nichts zu tun!) – Ich hab' Sie verstanden, aber diesen Zwischenruf greife ich jetzt nicht auf, nicht? -, und auch die Kollegin Sader haben auf eine ganz massive Schwachstelle des novellierten Spitalgesetzes, das wir im April 1999 beschlossen haben, hingewiesen. Es ging damals um das Ausführungsgesetz zum Krankenanstaltengesetz, wie Sie sich, Herr Ex-Statthalter, vielleicht erinnern, und um folgende Schwerpunkte: Erstens die Qualitätssicherung, zweitens

die Anstaltsordnung, drittens die Sicherung der Patientenrechte – Sie wissen noch, die Herumstreitereien, die da notwendig waren -, der ärztliche Dienst und der Krankenpflegedienst, und eben auch die psychologische Betreuung und psychotherapeutische Versorgung.

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Regelung im § 22 bzw 22a des geltenden Spitalgesetzes, und diese Regelung ist in zweifacher Hinsicht äußerst unbefriedigend: zunächst greifen die Tatbestände zu kurz. Der § 22a lit d) sieht vor, dass Anspruch auf psychologische Betreuung bzw psychotherapeutische Versorgung jene – jetzt zitiere ich – „Patienten, die sich in einer akuten persönlichen sozialen oder familiären Krise befinden, haben“. Schon damals haben, Herr Landesstatthalter, die Gutachter und auch Ihre Freunde aus der Ärztekammer bitte – das war nicht nur so ein Sammelsurium von roten Organisationen, die Ihnen das nahe gelegt haben -, darauf hingewiesen, dass diese Definition, diese gesetzliche, zu kurz greift. Und die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat damals den Abänderungsantrag eingebracht, dass Patienten mit besonders belastender Krankheit – genau das, was die Kollegin Sader angeführt hat – bzw Lebensproblematik und langen Aufenthalten in Krankenanstalten diesen psychotherapeutischen Versorgungsanspruch haben sollen. Das ist die Schwachstelle Nummer eins.

Die Schwachstelle Nummer zwei ist, dass das psychologische Betreuungs- und psychotherapeutische Leistungsangebot nur dann gegeben wird, wenn es, wie es im Gesetz heißt, „erforderlich sei“. Ja bitte, meine Damen und Herren, wer entscheidet denn, ob es erforderlich ist? – Im Landeskrankenhaus Feldkirch wahrscheinlich der Luis Patsch, nicht, das ist auch der geeignete Fachmann dazu. Aber nie und nimmer der betroffene Patient, meine Damen und Herren. Und selbst die Ärztekammer – erinnern Sie sich -, die Ärztekammer hat damals verlangt, man sollte das wesentlich präziser ins Gesetz aufnehmen. Ja die Ärztekammer war sogar der Meinung, man sollte die Zahl der Stellen ins Gesetz aufnehmen – so weit sind nicht einmal wir Sozialdemokraten gegangen. Aber wir wollten, Herr Statthalter, und das wissen Sie, wir wollten (Zwischenruf : Noch einmal Statthalter!) – ja eh; ja damals waren Sie's ja noch, nicht? Ich mein', ich red' jetzt aus dem Jahr 1999. – Wir wollten damals, im Jahre 1999 - zur Information aller, damals war der Herr Bischof noch Statthalter -, wir wollten, dass wenigstens im Verordnungsweg genau umschrieben wird, wie die Zahl der Dienstposten beschaffen sein soll und nach welchen Kriterien diese Dienstposten geschaffen werden sollen. Wissen Sie, mit dem unbestimmten Gesetzesbegriff „erforderlich“, da können Sie nie, nie in einen Fettnapf treten. Verstehen Sie? (Heiterkeit!) Sie sagen einfach, „ich find' des so richtig, auch wenn's keine gibt. Was wird denn ein Alemannier psychotherapeutische Betreuung benützen.“, nicht. (Zwischenruf Halder: Dass Sie nur Fettnäpfe auslegen wollen, dass Sie Fettnäpfe auslegen wollen, das wissen wir schon!) Genau das ist. Dieser unbestimmte Gesetzesbegriff macht es Ihnen möglich, nie einen Rechtsbruch zu begehen, weil letzten Endes der Herr Dr Bischof, der zufällig Arzt ist, ex cathedra erklärt (Zwischenruf Halder: Der kennt sich us!), „das erforderliche Ausmaß erfüllen wir“. Und um diese gesetzlichen Schwächen kommen wir nicht herum. Die Frau Mandak hat dankenswerterweise die Frage aufgegriffen, und wir glauben, es wird gut sein, wenn man in einer Gesetzesinitiative versucht, diese gravierenden Schwachstellen aus dem geltenden Spitalgesetz zu befreien. (Beifall!)

Präsident: Herr Dr Bischof, bitte. (Zwischenrufe – Schröckenfuchs)

Dr Bischof: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Altvizerepräsident (Heiterkeit! – Zwischenrufe – Dr Keckeis: Des ist schon verjährt!) – Bei mir auch, das war etwa zur gleichen Zeit. (Zwischenruf Dr Keckeis: Wann war das?) – 1996 (Zwischenrufe – Dr Keckeis: 1993!) – 1993! (Zwischenrufe – Halder – Glocke!) Anscheinend hat mir der damalige kurze Auftritt von Ihnen als Vizepräsident so imponiert, ich bin ja damals neu in den Landtag gekommen, so dass ich geglaubt habe, das muss mindestens 10 Jahre (Zwischenruf Dr Keckeis: Die Novelle ist im Jahr 1999!), 10 Jahre bestanden haben. – Ich habe jetzt von Ihrer Vizepräsidentschaft gesprochen, Herr Dr Keckeis. – Gut.

Nun zurück zum Thema. Wir haben in unserem Spitalgesetz genau die Terminologie des Krankenanstaltengesetzes übernommen. Der Gesetzgeber im Bund hat auch keine andere Vorgabe gemacht als wir im Spitalgesetz. Und ich denke, dass ich begründen konnte und auch in der Anfrage darlegen konnte, wie man mit dem Ausdruck „erforderlich“ umzugehen hat. Und wir können natürlich belegen, dass wir in diesen Jahren den psychotherapeutischen Dienst in den Krankenhäusern massiv ausgebaut haben. Das trifft nicht im gleichen Ausmaß auf die Gesundheitspsychologie zu. Hier haben wir eine Stellenvermehrung aber auch in diesem Bereich, vor allen am Landeskrankenhaus Rankweil vollzogen, wo es aus meiner Sicht das Wichtigste ist. (Zwischenrufe - Dr Keckeis – Halder) (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Damit ist die Anfrage erledigt. Wir kommen zur

Anfrage des Abgeordneten Rauch an Landesrat Ing Schwärzler betreffend Handlungsbedarf zu Natura 2000 in Vorarlberg (910-89),

eingelangt am 06. März, schriftlich beantwortet am 03. April 2001. Wünscht der Anfrager das Wort? – Das ist der Fall. Ich erteile es ihm.

Rauch: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Am heutigen Tag, auch geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger aus meiner Heimatgemeinde Rankweil. Herzlichen Dank Herr Landesrat Schwärzler für die fristgerechte und umfassende Beantwortung meiner Anfrage. Sie werden wahrscheinlich vermuten, meine Damen und Herren, dass diese Anfrage unter dem trockenen Titel „Natura 2000“ eventuell einen Zusammenhang mit der S 18 haben könnte. (Zwischenrufe – Nein! – Mag Neyer: Überraschung – Dipl Ing Beck: Das ist eine Unterstellung! – Heiterkeit!) Und ich kann Sie trösten, es gibt ihn, diesen Zusammenhang. – Herr Kollege Beck, Sie werden drauf kommen, es hat alles seinen Sinn und seine Richtigkeit. (Zwischenrufe – Schröckenfuchs: Die Überraschung ist da!)

Warum ich eine derart umfangreiche und detaillierte Anfrage zum Thema Natura 2000 gestellt habe, ist rasch begründet. Mit Natura 2000 und dazugehörigen Richtlinien und Verordnungen wurde auf europäischer Ebene ein wichtiges und mächtiges Instrumentarium geschaffen, mit dem es gelingen sollte, einen nachhaltigen Schutz von Arten und Lebensräumen im gesamten EU-Gebiet zu erreichen. Alle Mitgliedsstaaten der EU haben sich verpflichtet, dieses gemeinsame Ziel anzustreben. Die rechtlichen Werkzeuge sind die so genannte Vogelschutzrichtlinie und die FFH-Richtlinie. Die sollen dafür sorgen, dass natürliche Lebensräume erhalten bleiben. Natura 2000 geht schlicht davon aus, dass ein „Netz des Lebens“ über Europa gespannt wird und Lebensräume tatsächlich als ökologisch intakte Räume begriffen werden, und nicht nur als Schutzinseln mit Alibicharakter.

Vorarlberg hat fristgerecht – und das ist durchaus loblich anzumerken – mehrere wichtige und schützenswerte Gebiete genannt. Allerdings wurden weitere, sehr wichtige Gebiete nicht nachnominiert, wie etwa die Riedwiesen im nördlichen Rheintal oder jene Teile des Lauteracher Riedes, die zufälligerweise gerade durch den Bau der S 18 betroffen wären. (Zwischenruf Halder: Also doch!) Das ist nicht nur schade, sondern auch kurzichtig, und, wenn Sie mir erlauben, ein bisschen naiv. Wer nämlich glaubt, durch die Ausgrenzung und Nichtausweisung von Schutzgebieten, zwecks Durchsetzung von Straßenbauprojekten, Natura 2000 zu entgehen, der wird vom Europäischen Gerichtshof ganz schnell eines Besseren belehrt werden. Es gibt nämlich mittlerweile, nachzulesen auch in deutscher Übersetzung im Internet, eine Reihe von Urteilen, die genau das belegen – in Frankreich, in Holland, in Deutschland. (Zwischenruf Schröckenfuchs: Der ist offenbar seiner Zeit voraus!)

Im konkreten Fall des Lauteracher Riedes lässt sich die Sache auf einen einfachen (Zwischenrufe), auf einen einfachen Nenner bringen: FFH-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie werden jene Instrumente sein, mit denen die Erhaltung des Lauteracher Riedes durchgesetzt werden wird, und zwar auf europäischer Ebene, beim Europäischen Gerichtshof, und wenn es sein muss, mittels Vertragsverletzungsverfahren. Es ist durch das so genannte „Verschlechterungsverbot“ denkunmöglich, dass ein Projekt, wie etwa die S 18, in unmittelbarer Nähe eines Natura 2000-Gebietes errichtet wird, weil nämlich dadurch eine unzumutbare Beeinträchtigung des eigentlichen Schutzgebietes gegeben wäre – was jedem mit Hausverstand ausgestatteten Menschen eigentlich einleuchten sollte. Weiters kommt hinzu, dass selbst die Nichtausweisung der S 18-Trasse als Natura 2000-Gebiet nichts nützt. Offensichtlich glaubte man ja tatsächlich, dass man nur diese Trasse aussparen muss, links und rechts davon Schutzgebiete ausweisen kann, um dem Recht Genüge zu tun. Es gibt aber mittlerweile den Begriff des so genannten „potenziellen Schutzgebietes“, erstmals durch das Deutsche Bundesverwaltungsgericht 1998 festgelegt, und der hat Eingang gefunden in die europäische Rechtsprechung. Und „potenzielle Schutzgebiete“ sind einem ausgewiesenen gleichzustellen.

Und damit, geschätzte Damen und Herren von den Regierungsparteien, wäre an sich der Zeitpunkt gekommen - der „ideale Zeitpunkt“, sage ich Ihnen -, auch in Vorarlberg zu einem neuen Verständnis von Natur- und Umweltschutz zu kommen. Wenn nämlich durch das Festhalten an einem nicht mehr durchsetzbaren Projekt, dessen Planung – allein die Planung – bisher rund 50 Millionen Schilling verschlungen hat, die gesamte Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit (Zwischenruf Dipl Ing Beck: Woher kommen die Zahlen? Bitte daher die Quelle nennen!) blockiert wird, so schadet das diesem Land (Zwischenrufe – Halder: Des ist gefährlich! – Mag Neyer: Kummt scho!) massiv. Ich nenne Ihnen sieben gute Gründe dafür, sich möglichst rasch und möglichst umfassend von diesem Projekt S 18 zu verabschieden. (Zwischenruf Schröckenfuchs: Wie kommst Du zu dem Schluss?) – Sieben gute Gründe, sich jetzt zu verabschieden. (Zwischenrufe – Schröckenfuchs – Dipl Ing Beck: Sieben Todsünden des Kollegen Rauch!)

Erster Grund: Das Lauteracher Ried, Herr Kollege Beck, ist in seiner Gesamtheit ein Natura 2000-Gebiet – nicht von der Hand zu weisen, zu belegen, und wird im Zweifelsfall im Rechtsweg festgestellt.

Zweiter Punkt: Damit ist das Projekt S 18 rechtlich nicht mehr durchsetzbar – rechtlich nicht mehr durchsetzbar.

Drittens: Die Mehrheit der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger will das Ried als Naherholungsgebiet und Naturlandschaft so erhalten, wie's jetzt ist. (Zwischenruf Mag Neyer: Wie kummst uf den Schluss?)

Vierter Grund: Mit Dornbirn, Lustenau, Wolfurt (Zwischenruf Mag Neyer: Wie kummst uf den Schluss?) und Lauterach sind wichtige Gemeinden des Unterlandes gegen die geplante Trasse. (Zwischenruf Schröckenfuchs)

Fünfter Grund - jetzt wieder publik geworden -: Die behauptete Entlastungswirkung existiert nicht oder nur kurzfristig. Und da können Sie, Herr Landesstatthalter Gorbach, noch 50 Gutachten machen lassen, es wird sich daran nichts ändern. Die behauptete Entlastungswirkung der S 18 (Zwischenruf Gorbach: Die vorliegenden sind genug. Ich brauch keines mehr!) existiert nicht.

Sechster Punkt: Die Kosten von 1,2 Milliarden Schilling sind in Zeiten wie diesen schlicht nicht zu verantworten. (Zwischenruf Gorbach: Wie viel Milliarden?)

Und der siebte Punkt: Das Rheintal darf keine Lkw-Transitroute werden, wie etwa jene durch das Tiroler Inntal. (Zwischenruf Mag Neyer: Wird's es ou nit!)

Ich meine, es wäre dringend notwendig, diesen Abschied in sieben Schritten zu vollziehen, um sich mit Kreativität und Elan Neuem zuzuwenden (Zwischenruf Egger: Zum Beispiel?), anstatt krampfhaft – ich komme gleich darauf – (Zwischenruf Mag Neyer: Wohin tust die Auto und den Verkehr?), und ohne überzeugt zu sein, an Altem festzuhalten. Machen Sie den Weg frei für neue Lösungen und hören Sie vor allem auf, den Menschen im Großraum Bregenz vorzugaukeln, dass diese Schnellstraße, die nie gebaut werden wird, ihre Verkehrsprobleme lösen wird. Lassen Sie sich ein auf eine offene Diskussion mit Verkehrsplanern im Land, die bereits Alternativvorschläge ausgearbeitet haben. (Zwischenrufe – Egger: Wie schaut die Lösung aus? – Gorbach: Durch Natura 2000-Gebiete! – Mag Neyer)

Mir ist klar, dass es Gründe gibt, Herr Landesstatthalter, warum gerade Ihnen der Abschied (Zwischenruf Gorbach: Wenn Du vom Moser redest, des ist im Natura 2000-Gebiet, und zwar im gemeldeten!) besonders schwer fällt. Es ist nämlich die absurde politische Logik, dass man als Regierungspartei umso vehementer an einem Projekt festhalten muss, je stärker die Opposition auf ein Überdenken drängt. Man will das Gesicht nicht verlieren, und vor allem, man will der Opposition nicht Recht geben, indem man zurücksteckt. (Zwischenrufe – Egger: Wir haben keine Lösung, des ist das Problem!) Das, meine Damen und Herren, ist allerdings genau jene Art politischer Logik, die den Menschen unglaublich auf die Nerven geht. (Zwischenruf Egger: Wie schaut die Lösung aus?) Etwas nicht zu tun, obwohl alle Gründe dafür sprechen, nur weil der politische Gegner dafür eintritt, ist ein ähnliches Verhalten wie es (Zwischenruf Halder: Des hot die Riess-Passer ou gseit!) trotzige Kinder an den Tag legen.

Ein weiterer Grund ist die mindestens so absurde Vorstellung von Gewinnen und Verlieren. Die Vorstellung nämlich, dass beim Nichtbau der S 18 die Gegner gewonnen und die Regierung verloren habe und umgekehrt, dass ein Bau (Zwischenruf Mag Neyer: Aber verloren hond die anderen eigentlich!) den Sieg der Regierung bedeuten würde, ist schlicht

falsch. Die ist schlicht falsch! Was wir brauchen in dieser Frage, ist ein Sieg der Vernunft. Und vernünftig wäre es allemal, nicht die gesamte verkehrsplanerische Kompetenz dieses Landes damit lahm zu legen, indem man über Alles diskutieren kann – über Alles diskutieren kann -, außer über die S 18, weil die wird in jedem Fall gebaut, wie Sie beharren. (Zwischenruf Mag Neyer: Des können mir ou diskutieren, aber....!) Verkehrspolitisch besteht dringender Handlungsbedarf. Vorarlberg braucht nämlich Lösungen, und zwar auch in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. (Zwischenruf Halder: Bauen wir die S 19, oder was?) Und diese Lösungen zu blockieren, weil man mit einem Projekt in der Sackgasse steht (Zwischenruf Egger: Wie schaut sie us, die Lösung, bitte?!), ist fahrlässig. (Zwischenruf Egger: Könn't mir des no säga, bitte!) Den Schlüssel, in Vorarlberg eine zukunftsfähige Mobilitätspolitik zu machen, halten Sie von den Regierungsparteien in den Händen. Sie haben die Mehrheit. (Zwischenruf Halder) Insofern ist es auch Ihre Verantwortung, Bewegung in die Sache zu bringen. Und ich sage noch einmal: Es ist jetzt die Gelegenheit und der Zeitpunkt, Bewegung in diese Sache zu bringen. Und in einer Sackgasse, in der Sie sich befinden, auf Ihrem Standpunkt zu beharren, bringt keine Bewegung und bringt keinen Fortschritt. Und es wäre dringend notwendig, hier in Richtung Konsenspolitik zu operieren, die handelnden Akteure miteinzubinden und nach alternativen Lösungen zu suchen. (Zwischenruf Egger: 36 untersucht!) – Ja, aber wissen Sie, Herr Klubobmann, Sie müssen sich halt einmal trauen, über den eigenen Schatten zu springen. (Zwischenruf Egger: Wie schaut die Lösung aus?!) Nur, nur weil Sie ein Projekt Jahre lang vehement verteidigt haben, von dem auch Sie zu erkennen beginnen, dass es Natur zerstört, die Entlastungswirkung nicht bringt und rechtlich nicht durchsetzbar ist, macht's einfach notwendig, neue Wege zu gehen. Da muss man über neue Lösungen nachdenken und nicht gebetsmühlenartig, wie der Herr Klubobmann Keckeis sagen würde, immer dasselbe wiederholen. Da braucht's einfach einen neuen Ansatz dazu. Und diesen Schritt zu tun (Zwischenruf Halder), diese Bereitschaft, diesen Schritt zu machen (Zwischenrufe – Halder: Du bist da Weltmeister! – Mag Neyer), wäre, wäre notwendig. (Zwischenruf Dr Keckeis: Des ist nur gut, weil mich zitiert hast! – Heiterkeit!) – Danke, danke!

Und ich sage Ihnen eines, weil ich von der Sackgasse gesprochen habe: schauen Sie sich bitte die Verordnungen und die Richtlinien im Zusammenhang mit Natura 2000 an. (Zwischenruf Gorbach: Jo, des schauen wir schon!) Sie werden zur Erkenntnis kommen – auch Sie, Herr Landesstatthalter -, dass das Rechtsinstrumente sind, mit denen Sie keine Chance mehr haben, dieses Projekt durchzusetzen. Das ist die Wahrheit, und das müssen Sie den Menschen auch so sagen. (Zwischenruf Gorbach: Der Wunsch, der Vater des Gedankens!) Das müssen Sie den Menschen auch so sagen. Schauen Sie sich die Rechtsprechung an!

Es wird nämlich letztendlich – und das sage ich Ihnen ganz trocken -, werden es nicht die Vorarlberger Grünen sein, die am Ende das Lauteracher Ried erhalten haben, es wird auch nicht die Vorarlberger Landesregierung und der Landesstatthalter Gorbach sein, der mit dem Bau der S 18 gescheitert ist, sondern es wird der Europäische Gerichtshof sein (Zwischenruf), der ganz trocken, ganz trocken und nüchtern, auf Grundlage des Artikel 6 der FFH-Richtlinie entscheiden wird, dass das Lauteracher Ried als Natura 2000-Gebiet auszuweisen ist (Zwischenrufe – Gorbach: Bedrohlich! – Egger: Bedrohlich!), und dass diese Straße, dass diese Straße damit nicht kompatibel ist. – Punkt, das wird es sein, völlig unaufgeregt und ganz trocken. Und vielleicht ist das gut so (Zwischenruf Halder), dann ist diese Auseinandersetzung in Brüssel entschieden worden und Sie können sagen, „wir hätten's ja

gewollt, aber die in Brüssel wollten's nicht". (Zwischenruf Schröckenfuchs: Fischler ist auch in Brüssel!)

Ich würde nichtsdestotrotz an Sie appellieren, gerade nach den jetzt vorliegenden Gutachten, nach den neuen Erkenntnissen, einen Schritt von sich aus offensiv in diese Richtung zu tun. Es ist durchaus ein Appell, diesen Schritt zu tun, vielleicht sich auf eine gemeinsame Lösung zusammensetzen und Abschied zu nehmen von einem Projekt, von dem Sie – und ich traue mich, das zu sagen – selbst überzeugt sind (Zwischenruf), das ist nicht mehr durchsetzbar. Nehmen Sie Abschied von der Vorstellung, dass dieses Projekt durchsetzbar ist! Es ist auch viel gescheiter und vernünftiger, über die Erhaltung des Riedes nachzudenken, über Alternativmaßnahmen nachzudenken, als etwas nachzuhängen, was so ohnehin nicht mehr kommt. Danke! (Zwischenruf Mag Neyer: Welche Lösung hätten Sie?) (Beifall!)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schröckenfuchs. Ich erteile ihm das Wort. (Zwischenrufe – Jessas! – Heiterkeit! – Dipl Ing Beck – Halder)

Schröckenfuchs: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Zwischenruf Mayer: Und des vom staatlich geprüften Rhetoriklehrer! – Heiterkeit!) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ach wie froh sind die Grünen in letzter Zeit, dass wir doch bei der EU sind. Es ist ja herrlich, wenn man schon so lange in der Politik ist wie ich – ich kann mich noch erinnern, wie ich mit Ihrer früheren Kollegin Flinspach eine Publikumsdiskussion in der Kaiserstraße gemacht habe, und wie sie dort mit fliegenden Röcken diese EU verteufelt hat, weil die ja nur gegen Umweltschutz sind und so weiter. Heute (Zwischenruf Mag Neyer: Der Voggenhuber erst!) holen Sie schon bereits die Hilfe aus Brüssel und werden sagen, „ja, die gute EU, das brave Brüssel, das wird diese böse S 18 vernichten“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der EuGH hat – haben Sie gerade gesagt – Frankreich verurteilt - in der Anfragebeantwortung steht drin, „Frankreich hat noch gar keine nationalen geschlossenen Gebiete vorgelegt“. Ich weiß nicht, warum der EuGH hier seiner Zeit voraus ist. Sie haben zum Weiteren gesagt, „die Entlastung zieht nicht mehr, die neuesten Gutachten belegen das“. Nun, „VN“-Leser wissen offensichtlich mehr. (Heiterkeit!) Ich kann Ihnen nur sagen, die Zahlen, die mir vorliegen, formieren eine Entlastungswirkung, um die ich als einer der betroffenen Bürger - weiß mich mit vielen meiner mitbetroffenen Bürger eins -, dass eben rund 17.000 - etwas mehr - Fahrzeuge pro Tag entlastet werden, die jetzt bestehen. Denn die werden auf die S 18 verlagert werden können – darunter fast alle oder alle Lkws, das sind immerhin 2.400 Lkws pro Tag. Das sind alleine im Bereich Bregenz Kaserne, also die kommen alle zuerst durch Lochau durch, an Lkws 43 % pro Stunde und an Kfz 29 %. Im Bereich Fußach Anker an Kfz 48 % Minus und an Lkws 72 % Minus, im Bereich Höchst Zentrum an Kfz 29 % Minus und an Lkws 54 % Minus. Insgesamt, wie gesagt, sagt dieses Gutachten, dass die Entlastung an Kfz und pro Stunde 1.770 ist – das sind pro Tag rund diese 17.700 Kfz, davon 2.140 Lkws. (Zwischenruf Rauch: Vielleicht für zwei Jahre Wachstum!) Und wenn Sie jetzt sagen (Zwischenruf Gorbach: Die Antwort lesen!) Also, lieber Freund (Zwischenruf Rauch: Stimmt nicht!) Rauch, diese 17.700 fahren nicht nur zwei Jahre auf der S 18 und dann wieder durch das Ortsgebiet (Zwischenruf Rauch: Der Effekt ist innerhalb von zwei Jahren zu Ende!), sondern die bleiben immer dort, oder? Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis, die bleiben immer dort, oder? (Zwischenruf Egger: Ich kann das nicht mehr hören!)

So, und wenn das keine Entlastung ist für Sie, dann akzeptiere ich das ja. Aber glauben Sie, für die betroffene Bevölkerung ist das eine Entlastung? Und wenn Sie sagen, „die wichtigsten Gemeinden wie Lauterach, Wolfurt, Dornbirn“, und, ich glaube, „Lustenau“ haben Sie noch genannt, so möchte ich natürlich die Wichtigkeit dieser Gemeinden keineswegs herabsetzen. Aber bis auf Lauterach und Lustenau sind die restlichen zwei nicht betroffen oder nur planerisch betroffen an Teilgebieten, und die wirklich wichtigen Gemeinden wie, nämlich vom Sinne der Betroffenheit, wie Hörbranz, Lochau, Bregenz, Hard, Fußach und Höchst, also nahezu 100.000 Einwohner in dieser Region, die sind vehement dafür. Und ich selbst war an der Spitze jenes Protestmarsches, der gestartet wurde vor einigen Monaten, wo wir zu Fuß 8 Kilometer marschiert sind auf der Rheinstraße, und dort sich viele Leute bei strömendem Regen uns angeschlossen haben und wirklich ihren Willen zu dieser Entlastungsstraße auch zum Ausdruck gebracht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, Sie nehmen immer das Schlagwort des „Entlastungsmärchens“ (Zwischenruf Halder) – das ist halt jetzt in der Öffentlichkeit vorhanden. Es kommt auch wieder dieser so genannte Auffülleffekt. Wie das ist, wenn der Auffülleffekt weg ist, empfehle ich Ihnen einmal, es war am letzten Samstag in Bregenz wieder diese Situation, als der Pfändertunnel auf Grund eines Unfalles gesperrt war – dann sehen Sie, wie der echte Auffülleffekt sich auswirkt. Also, es sind ja die Tatsachen, die bewiesen wären. Und Sie haben hier kühn behauptet, dass das Ganze auf Grund dieser Natura 2000-Richtlinie gestorben ist. – Ja, hier gibt’s verschiedenste Rechtsgutachten, das mag schon sein, dass hier ein übergeordnetes Naturschutzrecht existiert. Wir versuchen es einmal jetzt. Wir sind jetzt im Verfahrensweg. Das Naturschutzverfahren läuft. Warten wir es ab. Und ich hoffe, Herr Kollege Keckeis, die SPÖ Bregenz, unter Ihrem Parteiohmann Ritsch, wird also nicht gezwungen werden, einen Sitzstreik durchzuführen, wie Ihr angekündigt’s habt, für die Durchsetzung der S 18. Ich habe übrigens dem Kollegen, Ihrem Ritsch, empfohlen, er sollte, wenn er die Absicht hat, mit diesem Sitzstreik direkt vor Ihrem Büro beginnen, Herr Kollege, oder? (Heiterkeit! – Beifall!) Er hat gesagt, „er möchte in Bregenz einen Sitzstreik zur Durchführung..“ (Zwischenruf Dr Keckeis: Ja wo?!) Ja, ich habe ihm empfohlen, gleich bei Ihrem Büro anzufangen.

Präsident: Können Sie bitte (Zwischenrufe – Dr Keckeis – Schröckenfuchs: Selbstverständlich! Ich bitte, die Diskussion nur von der Rostra aus zu führen! Als Nächsten rufe ich den Herrn Abgeordneten Dipl Ing Beck ans Rednerpult. (Zwischenrufe – Heiterkeit! – Schröckenfuchs: Ein Höhepunkt jagt den anderen! – Heiterkeit!)

Dipl Ing Beck: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Also die Aussagen des Kollegen Rauch kann ich so einfach nicht im Raume stehen lassen (Zwischenruf Rauch: Das glaube ich auf’s Wort! – Heiterkeit!), weil sie einfach nicht stimmen. Ich gehe mit Ihnen, wenn Sie sagen, „die Mehrheit ist für die Erhaltung des Riedes“ – auch ich bin für die Erhaltung des Riedes. Aber die Mehrheit will die S 18 – von dem haben Sie überhaupt nichts gesagt.

Dann das Zweite, die Entlastungswirkung: Sie sagen, „die S 18 bringt keine Entlastungswirkung“. Das stimmt einfach nicht! Sie müssen einmal die Gutachten, und zwar sehr aufmerksam durchlesen.

Dann das Dritte: „Die S 18 wird eine Transitstraße“ – das stimmt auch nicht. Die S 18 ist eine Entlastungsstraße. (Zwischenruf Halder: Güterweg! – Heiterkeit!) Sie sprechen von Projektierungskosten, von bisher aufgewendeten Projektierungskosten (Zwischenrufe – Gorbach: Ja, Güter werden auch transportiert!) von ATS 50.000.000,--. Bitte sagen Sie mir, sagen Sie mir bitte die Quelle – das stimmt nämlich auch nicht. (Zwischenruf Rauch: Aus der Abteilung VIIb! – Glocke!) – Das sind „Hausfrauenzahlen“, Entschuldigung! (Zwischenrufe) Und wenn Sie (Glocke! – Präsident: Bitte lassen Sie den Abgeordneten Beck weiter sprechen! – Zwischenrufe) Und wenn Sie von Baukosten von 1,2 Milliarden Schilling sprechen, dann stimmt das einfach auch nicht. (Zwischenruf Rauch: Sondern, sondern?!)

Ihre Anfrage an Landesrat Schwärzler hat nur einen einzigen Hintergrund, Sie wollen die S 18 verhindern. Aber das wird dem Kollegen Rauch nicht gelingen. (Zwischenrufe – Dr Keckeis: Des seit der Schwärzler .. ou, weißt Du des?!) Und kaum liegt die Beantwortung des Landesrates Schwärzler vor, stößt er sofort nach mit einer neuen Anfrage hinsichtlich S 18. Er will einfach nochmals nachdoppeln und will wissen, wie ist der Stand der Verfahren der S 18, wie ist der Stand heute?

Eines wissen wir - und da müssen Sie, Kollege Rauch; da muss mir jeder hier herinnen Recht geben -, das Verkehrsaufkommen hat während der letzten Jahre stark zugenommen, und das Verkehrsaufkommen wird weiterhin zunehmen. Das ist nun eine Tatsache. (Zwischenrufe – Rauch: Mehrfach! - Halder) Wir wissen aber auch - Herr Kollege Halder, Sie müssen sich ein bisschen mehr mit der Landwirtschaft beschäftigen und weniger mit dem Verkehr (Heiterkeit!) -, wir wissen aber auch – da haben Sie genügend Möglichkeiten, sich zu profilieren, in der Landwirtschaft. (Zwischenrufe) – O.k. Wir wissen aber auch, dass die Vollmotorisierung noch nicht abgeschlossen ist. Und die Gründe dafür sind ganz einfache: Erstens einmal, die Bevölkerung wächst; dann zweiter Grund, die Bevölkerung hat immer mehr Freizeit. Auf Grund der vermehrten Freizeit stellt man ein steigendes Mobilitätsbedürfnis der Menschen fest. Es gibt nämlich zurzeit nicht mehr eine 40- oder 50-Stunden-Woche, sondern 38 oder weniger. Die Wirtschaft, Gott sei Dank, floriert, und eine florierende Wirtschaft ist immer verbunden mit Wohlstand. Und was ist schlussendlich die Folge? – Florierende Wirtschaft, Wohlstand – man hat Geld, um ein Auto zu kaufen und der Kfz-Bestand nimmt zu. (Heiterkeit!) Diese Entwicklung hat eben dazu geführt, dass im Raume Leiblach, Bregenz, Höchst, Lustenau die Menschen, die Autofahrer, im Verkehr erstickten. Die Leidgeplagten sind nicht der Kollege Rauch, auch nicht die Frau Kollegin Mandak. Die Leidgeplagten sind die Anrainer und insbesondere die Autofahrer, welche im Stau stehen. Aber all das interessiert Sie anscheinend nicht. (Zwischenruf Mandak) Sie haben auch bis heute noch keine einzige Alternative zur S 18 vorgelegt. Zwischenruf Rauch: Mehrfach!) – Nein, ich kenne keine einzige! (Zwischenruf Rauch: Mehrfach!) Bitte zeigen Sie mir diese Alternative. (Zwischenrufe – Gorbach: Mit unsichtbarer Tinte geschrieben! – Rauch: Mehrfach!)

Und ich glaube, Herr Kollege Rauch, es ist Aufgabe der politisch Verantwortlichen (Zwischenruf Mag Neyer), nicht zu agieren, sondern endlich einmal zu reagieren. Ich glaube, es ist Ihnen bekannt, dass die Paragraph 4-Verordnung zur S 18 bereits im Jahre 1997 erlassen wurde, und es wurden also Zig Varianten geprüft. Ich glaube, wir haben's hier schon des Öfteren gehört, es sind 36 an der Zahl. Und aus diesen 36 Varianten wurde eben die Bestvariante ermittelt. Ich habe wirklich den Eindruck, Sie haben das Bundesstraßengesetz entweder nicht gelesen, oder wenn Sie's gelesen haben, dann haben Sie dieses

Bundesstraßengesetz wahrscheinlich falsch verstanden. Im § 4, das ist nämlich jener Paragraph, der den Straßenverlauf bestimmt, ist festgehalten, dass der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten vor dem Bau einer Bundesstraße, also nicht nur die von Ihnen angeschnittene Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen hat, sondern auch Belange des Denkmalschutzes zu prüfen sind, und insbesondere ist die Umweltverträglichkeit zu prüfen. Und das wurde gemacht und deshalb wurde die S 18 verordnet. Es wurden ganz bestimmt die Vor- und Nachteile hinsichtlich Umwelt, Umweltverträglichkeit abgewogen. Die Trasse, die jetzt verordnet ist, ist eine Trasse, die nicht mitten durch's Ried geht. – Das wäre wirklich ein Verbrechen an der Natur. Die derzeitige Trasse verläuft am Rande der Riedlandschaft. Und wenn Sie das nicht glauben, ich gebe Ihnen gerne einen Plan, den Sie am Abend einmal studieren können. (Zwischenrufe) Dann werden Sie feststellen, dann werden Sie feststellen, dass diese Trasse nicht durch's Ried (Zwischenruf Mandak), sondern am Rande des Riedes entlang führt. (Heiterkeit!) - Sie haben aber schon die richtigen Pfosten gesehen, oder? (Heiterkeit! – Zwischenrufe – Mandak) Nicht etwa, dass Sie vielleicht einen Zaun gesehen und geglaubt haben, das ist die neue Trasse. (Zwischenrufe – Gorbach: Dann war's falsch! – Präsident: Bitte keine Dialoge zu führen! Herr Abgeordneter Beck, sprechen Sie bitte weiter, wir hören Ihnen zu.)

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen und möchte dem Herrn Kollegen Rauch Folgendes sagen: Ihre Zweifel, dass man von einer S 18 abrücken soll, und zwar aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, aus Gründen der Sparsamkeit und aus Gründen der Zweckmäßigkeit, sind, meines Erachtens, unbegründet und deplatziert. (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Als Nächster hat sich der Herr Vizepräsident gemeldet.

Ing Amann: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ein bisschen erstaunt bin ich schon über diese Natura 2000-Diskussion, Kollege Rauch, und ich hätte mir vorgestellt und wünsche mir, dass jene Gebiete, die noch nicht als Natura-Gebiete ausgewiesen sind, einmal genauer unter die Lupe genommen werden sollten im Bezug auf Naturschutz, besonders auf Trinkwasserschutz. Wenn wir hier diskutieren über zu wenig ausgewiesene Flächen, dann liegt mir eine Meldung des ORF von heute Morgen im Ohr, die besagt hat, dass in England durch Trinkwasserverschmutzung, weil MKS-verseuchte Tiere im Erdreich vergraben wurden, derzeit große Bedenken erzeugen und es Tatsache zu sein scheint, dass Trinkwasserverseuchung durch MKS in England erfolgt ist.

Hier halten wir eine Natura-Diskussion ab. Und ich sage Ihnen jetzt etwas, das ich dringender und auch mit der Unterstützung der Grünen hoffe, dringender hier einzubringen: Da gibt es im Sommer auf den Alpen Vorarlbergs das Problem, dass es immer wieder zu Unglücksfällen bei den Viehbeständen kommt – und das nicht in geringer Zahl. Und ich musste im letzten Herbst erleben, dass solche Tiere nicht mehr abtransportiert werden, auch wenn es in unwegsamem Gelände liegt, dann hat man das auch mit Hubschraubern gemacht, da gibt's auch Förderungen für die notwendigen Transportkosten. Der neueste Gag – und da, Herr Landesrat Schwärzler, da bitte ich Sie jetzt einmal zu überlegen, was das bedeutet -, da gibt's einen neuen Gag, nämlich diese toten Tiere werden auf der Alpe, vor Ort, gesprengt. (Zwischenruf Dr Schuler: Das ist ungeheuerlich! – Heiterkeit!) Mit der Aussicht (Zwischenrufe – Ing Schwärzler: Herr Abgeordneter Amann, konkretes Beispiel! – Halder) – Ich hab's dabei. (Zwischenruf Ing Schwärzler: Ja, antreten, welche Alpe war's?) Da gibt es (Zwischenrufe – Ing Schwärzler: Antreten, welche Alpe?! – Dr Keckeis – Dr Schuler: Weißt Du des nicht? –

Glocke!) Ich möchte das ein bisschen spannend machen, damit Sie dann am Schluss sagen können, wie oder was.

Diese Sprengungen erfolgen durch Sprengmeister, die das sogar dann noch im Erstfall (Zwischenruf Ing Schwärzler: Ist das im Natura 2000-Gebiet überhaupt?) – Na, ich red‘ jetzt, wenn die Natura 2000-Diskussion so erfolgt wie heute, und das im Zuge dieser S 18, dann möchte ich darum bitten, dass wir uns einmal anschauen, was in Trinkwasserschongebieten, in Trinkwasserschutzgebieten, im unmittelbaren Einzugs von Trinkwasserquellen passiert. Da werden nämlich diese Sprengungen durchgeführt, in der Annahme, dass dies so kleine Teile seien, dass das dann auch vom Wildbestand durch Aasfresser – ja – erledigt wird. (Zwischenrufe – Halder: Geier, da kommen die Geier! – Aasgeier! – Mag Neyer: Geier hond mir koane!) In Fraxern passierte Folgendes: Am 5. August letzten Jahres wird eine trächtige Kuh, die verunglückt ist, mit Dynamit gesprengt, und zwar im Einzugsbereich von genau 70 Metern zur Quellfassung. Diese Sprengung hat natürlich Folgendes bedeutet: Da gibt’s keine fingergroßen oder faustgroßen Teile, wie man das immer wieder betont hat – scheinbar; ich hab‘ das selber nicht gehört, aber so wurde das erklärt -, dass bei dieser Sprengung das Muttertier zwar zerlegt wurde. Aber wie das zerlegt wurde – das waren größere Teile. Und das Bedauerlichste dabei ist, dass dieses Jungtier im Bauch auch herausflog, aber fast nichts abbekam von der Zerteilung, sondern in fast unbeschädigtem Ausmaße neben diesem Quelleinzugsgebiet zu liegen kam. Herr Schwärzler, Sie können sich das selber anschauen. Die Teile, faustgroß, sind ein Viertel einer Kuh, im unmittelbaren Einzugsbereich Trinkwasserquellen. Und jetzt kommt für mich noch das Schrecklichste: Da fließt nämlich ein Gewässer vorbei. Die Teile hat man dort auch fotografiert im Wasser liegend. Einige hundert Höhenmeter unter diesem Sprengplatz haben zwei Wochen später nachweislich Kinder im Ratsbach gebadet, was in Fraxern, wenn es gutes, warmes Wetter hat, üblich ist. Stellt's Euch bitte vor, was das bedeutet? Nachweis, 5. August fotografiert. (Ing Amann zeigt ein Foto)

Ich stelle mir jetzt die Frage, was eine Diskussion über Natura 2000 soll (Zwischenruf Halder: Aus der Luft holen oder sprengen!), aus der Sicht der Grünen auch logisch, wenn es um Straßen geht. Aber für mich ist das entsetzlich. Wenn wir dulden, dass man Kadaver nicht abtransportiert, auch nicht vergraben kann, was ich noch einsehe, in einem solchen Gelände. Aber dass man dann mit Sprengungen versucht, die Dinge herabzukalmieren, dass man sagt, „das sind eh nur kleine Teile, die in einigen Tagen und Nächten wieder verschwinden“. Und ich sage Euch eines: Gestern überzeugt, da liegen derzeit noch Teile in größerem Umfang vom Schädel und Hinterteil an derselben Stelle und wurden immer noch nicht weggeräumt. Wenn wir nicht bereit sind, in der Tragweite von solchen Machenschaften auch die Trinkwassergebiete so zu schützen, wie es einfach ein naturbelassenes Gebiet an sich benötigt, und dann noch im unmittelbaren Einzugsbereich von Quellfassungen Kadaver sprengt, dann rentiert sich diese Diskussion nicht, meine ich, Herr Kollege Rauch. Wir müssen die Dinge einfach ernst nehmen und auf den Punkt bringen.

Und meine Forderung an Sie, Herr Landesrat Schwärzler, überlegen Sie sich diese Methodik der Sprengung. Ich bin der Meinung (Zwischenruf Halder: Moanscht er hei’s g’sprengt, oder was?! – Na, aber des (Zwischenrufe – Mag Neyer: Jo, er ist jo ‘s zuständige Regierungsmitglied! – Glocke!), Herr Klubobmann Halder, das Bedauerlichste für mich ist, dass wir in Fraxern große Alpen haben, und dass der Bürgermeister auch Alpausschussobmann ist. (Zwischenruf Halder) Und wenn ein Bürgermeister, der

Alpausschussobmann ist, dann auch noch mit seinen Landwirten ins Einvernehmen kommt, dass auf seiner Alpe er nicht dafür sorgen will, dass Kadaver abtransportiert werden, 400 Meter exakt war die Wegstrecke, die man zurücklegen hätte können (Zwischenruf Halder: Des hot ma dem Bürgermeister g'seit, oder?) – ja, also Trinkwasserschutz ist dann nicht nur ein Thema des Bürgermeisters, sondern das muss, wenn Natura-Gebiete hier ein Thema sind im Bezug auf Straßen, dann muss das auch (Zwischenruf Mag Neyer: Irgendwo muss er ja dazu die Genehmigung kriegt ho!) unser Thema im Landtag sein. Und das habe ich schon gerne, Herr Kollege. Na, Herr Klubobmann, das hat doch keinen Sinn, wenn Sie das verniedlichen und sagen, „reden S' mit dem Bürgermeister“. (Zwischenruf Halder: Dem muss man nachgehen, keine Frage!) – Na, nicht nur nachgehen! (Zwischenruf Dr Schuler: Und wenn man Naturschutz ernst nimmt.....!) Zwei Wochen später hat nämlich – und das war für mich das Bedauerliche -, der Bürgermeister hat nämlich gesagt, „wir wollen die Kosten auch beim Sprengen reduzieren, unser Gemeindearbeiter wird eingeschult. Der war bei dieser Erstsprengung dabei.“ (Zwischenrufe – Dr Schuler: soll er als Bürgermeister zurücktreten!) Und die zweite Sprengung, 14 Tage später, auch auf der Alpe, hat nämlich besagter Gemeindearbeiter gemacht. Das ist nicht nur gefährlich, ich frage mich, ob das überhaupt erlaubt ist, und vor allem, wenn ich einen Fehler einmal mache, dann sollte ich nicht zum Wiederholungstäter werden. Und das geht bitte auf Kosten der Sicherheit im Trinkwasserbereich! Die Fraxner Quellen sind nämlich nicht nur für die Gemeinde Fraxern, sondern, Sie wissen genau, dass das das gesamte Vorderland betrifft. Unser Überwasser fließt nach Klaus, Weiler, Sulz, Röthis hinunter. Und wir haben gerade jetzt gehört, dass dieser Einspeiskreis für Feldkirch, weil ausgefallen in Feldkirch, genutzt wurde, damit auch die Stadt Feldkirch versorgt werden konnte.

Also wenn wir es ernst meinen mit solchen Schutzeinrichtungen und Schutzmaßnahmen, dann bitte erst recht, wenn es um unser Leben geht und um unsere Trinkwasserqualität. Dann bitte stellt's des sofort ab und tut's des nimmer weiter, sagt's des den Landwirten. Ich bin der Meinung, das sollte man bei uns im Lande verbieten. (Beifall!)

Präsident: Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Anfrage vorliegen über Handlungsbedarf zur Natura 2000, sind von da zur S 18 gekommen, die einen direkten Zusammenhang hat. Jetzt haben wir ein völlig anderes Thema aufgegriffen. Wir sollten versuchen, uns wieder einer strukturierten Debatte hinzugeben, weil sonst reden wir über S 18 und Sprengungen in Fraxern. Dazu, zu den Vorwürfen oder zu den Vorhaltungen des Herrn Vizepräsidenten Amann, bitte ich nun Herrn Landesrat Schwärzler ans Mikrofon.

Ing Schwärzler: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Vizepräsident, es wundert mich an und für sich, dass Sie bei der Natura 2000-Diskussion so einsteigen. Ich gehe jetzt davon aus, dass da die Vorhaltungen, die Sie hier machen, in der Gemeindevertretung von Fraxern aktenkundig sind, sonst werfe ich Ihnen ein grobes Vergehen und Versagen vor. Es geht nicht, dass Sie am, wenn das tatsächlich am 5. August stattgefunden hat – ich werde das prüfen -, wenn das tatsächlich am 5. August stattgefunden hat, dass Sie im April, also fast ein Jahr später, im April 2001 hier herausgehen und sagen, was da stattgefunden hat. Sie hätten am 6.8.2000 die Möglichkeit gehabt, mich anzurufen – ich hätte das sofort eingestellt. – Nichts haben Sie getan, überhaupt nichts! (Beifall!) Und das verlange ich von einem Abgeordneten, dass er dazu schaut und nicht herauskommt und sagt, „da muss man zum Wasserschutzgebiet schauen“. (Zwischenruf Ing Amann)

Ich sage aber auch deutlich dazu, ich höre von diesem Fall heute das erste Mal. Wir haben hervorragende Förderungen. Wenn ein Tier verendet auf einer Alpe, zahlen wir 80 Prozent aus Landesmitteln für den Abtransport mit Hubschrauber von diesen Tieren. (Zwischenruf: Ehrlich?) Jetzt ist die Alpe Fraxern nicht gerade auf Hochrubach oben, sondern möglicherweise mit dem Traktor erreichbar – ich verstehe die Sprengung überhaupt nicht. Da sage ich auch Ihnen dazu, als vermutlich Gemeindevertreter – ich vermute, dass Sie Gemeindevertreter sind (Zwischenrufe – Ing Amann: Ich? Weit gefehlt! – Mag Neyer: Nein, nein!) – ja nicht?, oh, schade! (Zwischenrufe – Ing Amann: Nicht zugelassen! – Schröckenfuchs) Oder, dass Sie da dazu schauen und auch in der Alpwirtschaft in Fraxern (Zwischenrufe - Dr Keckeis: Welch‘ ein Unglück, Du! – Mag Neyer) auch hier für Ordnung sorgen.

Das Dritte: Ich sage auch vor dem Vorarlberger Landtag in aller Klarheit: Ich werde diese Sprengungen in dem Land einstellen. Ich habe nicht gewusst, dass sie in der Nähe von Siedlungsgebieten stattfinden. Ich werde sie einstellen, dass sie nicht mehr stattfinden. Danke! (Zwischenrufe – Ing Amann: Bravo! – Dr Schuler: Bravo! – Beifall!) – Vorgehensweise, hättest schon lang können sagen, oder? (Zwischenruf Ing Amann: Hon i ou!)

Präsident: Danke! Dazu hat sich auch noch der Herr Abgeordnete Türtscher zu Wort gemeldet. (Zwischenrufe – Ing Amann – Mag Neyer) – Ich bitte aber die Diskussion danach über den Vorfall in Fraxern abzuschließen, kommen wir wieder zu Natura 2000 zurück, und damit auch zur S 18. Bitte, Herr Abgeordneter Türtscher.

Türtscher: Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag! Der Herr Landesrat Schwärzler hat zum Thema klare Worte gefunden. Ich komme also sofort wieder zurück zur Anfrage. Also grundsätzlich freue ich mich als Vorarlberger, dass wir in Vorarlberg mehrere Natura 2000-Gebiete haben, diese auch gemeldet wurden und generell viel für Naturschutz in unserem Land getan wird. Bei über 6.200 Hektar Feuchtwiesen oder Magerwiesen-Biotopen wird mit über 34 Millionen Schilling die Bewirtschaftung bezahlt, dass die Bewirtschaftung auch aufrecht erhalten werden kann. Gott sei Dank!

Darüber hinaus versuchen wir jetzt mit dem Biosphärenpark Großes Walsertal in einem Gebiet umfassenden Natur- und Landschaftsschutz in der Praxis umzusetzen. Es wird eine Entscheidung der Juristen sein, ob diese S 18 auf dieser Grundlage gebaut oder nicht gebaut werden kann. Ich sehe leider – und ich betone „leider“ – derzeit keinen Lösungsansatz für die Problematik der Menschen in der Region – und ich habe über die Verwandtschaft ziemlich Kontakt auch ins Untere Rheintal -, dass diese Menschen aus der schwierigen Situation befreit werden können. Ich würde es mir wirklich sehnlichst wünschen, dass wir einen Lösungsansatz finden, wo wir die Erhaltung des Riedes und eine Lösung für die betroffenen Menschen finden. (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Damit sind wir wieder zu Natura 2000 zurückgekehrt. Der Herr Landesstatthalter Gorbach wünscht das Wort. Nachdem heute eine Anfrage eingegangen ist mit der Nr 910-97, vom Abgeordneten Rauch zum Thema, „Verfahren S 18“, wird der Herr Landesstatthalter auch diese Anfrage von heute bei seiner Wortmeldung mitbeantworten.

Gorbach: Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Im Zuge der Verfahrens- und Verwaltungsvereinfachung, Herr Abgeordneter Rauch, und nachdem ja eine

S 18-Debatte im Zuge Ihrer Anfrage über Natura 2000 entfacht wurde von Ihnen, erlaube ich mir, Ihre heute eingebrachte Anfrage zum Thema „S 18 – Verfahrensstand“ auch gleich zu beantworten, weil das, was heute zu sagen ist, auf Grund Ihrer Wortmeldung eigentlich alle diese Fragen in Ihrer schriftlichen Anfrage auch beantwortet, bis auf eine, die ich ergänzend dazu natürlich erledigen werde.

Es scheint mir notwendig, Herr Abgeordneter Rauch, Ihnen und hier in diesem Raume noch einmal die Projektziele der S 18 zu erläutern, die da lauten: Ergänzung des Grundnetzes der Hauptverkehrsstraßen im nördlichen Rheintal derart, dass Alternativrouten für die Verlagerung des Durchgangsverkehrs aus den Siedlungsräumen angeboten werden können. Zweitens, in Siedlungsräumen soll nurmehr örtlicher Ziel- und Quellverkehr fließen. Drittens, Ableitung des Verkehrs von Siedlungsräumen auf direktem, kürzestem Weg auf den Hauptverkehrsträger. Und Viertens – und das haben Sie mit keinem Wort erwähnt in Ihrer Kritik -, nämlich Bündelung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf S 18 mit Gemeinschaftszollamt und dadurch Entlastung der regionalen Zollämter Österreich-Schweiz, welche derzeit alle in Siedlungsbereichen liegen. So gesehen war der Zwischenruf gar nicht so schlecht – ich weiß nicht, von Dir, Herr Kollege Halder (Zwischenruf Halder: Welcher?), „es ist die S 18 womöglich ein Güterweg“. – Natürlich wird das ein Weg sein im Zuge einer Schnellstraße, wo auch Güter hin- und hertransportiert werden. (Heiterkeit!) Das heißt, er hat auch für die Wirtschaft Vorarlbergs und die angrenzenden Wirtschaftsräume eine nicht unwesentliche Bedeutung. Da waren Sie wirklich mit Ihrem Zwischenruf wieder sehr weitsichtig. (Zwischenrufe - Halder: Wie immer! – Heiterkeit! – Mandak) – Das lasse ich dahingestellt. Aber originell, wie immer, jawohl.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn hier vom Abgeordneten Rauch im Zuge der Diskussion Natura 2000 sieben Punkte aufgestellt wurden, warum angeblich die S 18 nicht gebaut werden soll, so darf ich zuerst auf diese sieben Punkte eingehen. Ich möchte aber schon erwähnen, dass es für mich etwas merkwürdig ist, wenn Sie Urteile des Europäischen Gerichtshofes strapazieren, die offensichtlich in Frankreich und Deutschland gefallen sind oder betreffen, wo ich doch weiß, wenn ich nicht falsch informiert bin – aber ich nehme nicht an -, wo ich doch weiß, dass Frankreich und Deutschland genau jene großen Kernländer der EU sind, die noch gar nicht gemeldet haben ihre Bereiche für die Natura 2000. Also irgendetwas scheint hier auch aufklärungsbedürftig zu sein. Sie haben ja eingangs erwähnt, dass es löblich ist, dass Vorarlberg bereits gemeldet hat – das ist die Phase 1, in der wir uns befinden. Phase 2 ist dann Prüfung EU und allenfalls Ergänzung oder Kritik an der Meldung. Und Phase 3 ist dann der Beschluss eben, dass es besonderes Schutzgebiet, eben Natura 2000-Gebiet, ist. Also vielleicht schauen Sie da hier in Ihren Gerichtshofunterlagen noch einmal nach, ob das auch stimmen kann.

Zu Ihrem Punkt 1: „Das Lauteracher Ried sei Natura 2000-Gebiet im Gesamten und könne deshalb keine S 18 vertragen.“ – Lieber Herr Abgeordneter Rauch. Der Kollege Beck hat Ihnen schon erklärt, dass im Jahre 1997 – und zwar ziemlich genau vor 4 Jahren, am 8.4.1997 – eine Verordnung stattgefunden hat, nach vorhergehender Diskussion und Prüfung. Diese Verordnung hat Gesetzescharakter und besagt, dass nach Prüfung aller Alternativen und nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung, die plausibel ist, die S 18 dort zu bauen ist, wie vorgeschlagen und wie wir sie heute diskutieren. Damals hat es noch kein Natura 2000-Prüfverfahren, Meldeverfahren und was auch immer, Bestätigungsverfahren, gegeben. Das

heißt also, wir diskutieren hier über ein älteres Gesetz, über älteres Recht als das Natura 2000-Gesetz es ist.

Ich darf Ihnen aber auch sagen zu diesem Punkt, dass die Lage der Trasse der S 18, wie sie jetzt ist, ja nicht willkürlich zu Stande gekommen ist, sondern dass man genau bei der Situierung und Trassenverordnung und Trassenlegung Rücksicht genommen hat, einerseits auf ein Naturschutzgebiet – das ist nördlich der S 18 - und andererseits auf eine Streuwiesen-Biotopverbundschaft – also einen Streuwiesen-Biotopverband, der hier auch berücksichtigt wurde und, in Einklang mit den damaligen Sachverständigen auch des Naturschutzes, die Trasse so gelegt wurde. Die haben nicht g'sagt, „baut's die S 18“, des ist schon klar. Aber die haben gesagt, „wenn überhaupt, wenn Ihr Gedanken anstellt's, eine Trasse da hineinzulegen, dann nehmt's auf dieses Gebiet einerseits und auf dieses Gebiet andererseits jedenfalls Rücksicht“. Also da wurde sehr wohl auf das Interesse der Natur und des Naturschutzes, und natürlich auch der Lebewesen in dieser Natur Rücksicht genommen. - Also Punkt 1, würde ich sagen, haken wir einmal ab.

Punkt 2: „Rechtlich nicht umsetzbar“ – da gebe ich Ihnen Recht, es wird ein interessantes Match werden. Wir sind aber überzeugt – und nicht etwa die Straßenplanungsabteilung oder die Straßenbauabteilung, sondern natürlich die Juristen im Hause, darüber hinaus die Juristen auch in Wien, die sich ja als Betreiber der S 18, ASFINAG und Verkehrsministerium auch für diese Sache interessieren, sind guter Dinge, dass diese rechtliche Auseinandersetzung auf einer hoffentlich guten Ebene, nämlich einer sachlichen Ebene, so ausgehen wird, dass die am 8.4.1997 verordnete S 18 auch gebaut werden kann. Nebensatz: Sie wissen ja, dass das Höchstgericht, in dem Fall der Verwaltungsgerichtshof, sich schon einmal mit einer Klage beschäftigt hat, nämlich eine Klage, dass wir die S 18 anmelden hätten müssen auch bei der EU in Brüssel bezüglich Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz. Damals wurde schon sehr viel über die Vorgangsweise der Bundesstraßenbetreiber, in dem Fall S 18, geprüft und untersucht. Und Sie wissen auch, dass diese Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof abgewiesen wurde. – Ich sag' das nur, dass da schon auch im Vorfeld kritisiert, Beschwerde geführt und Ähnliches mehr wurde, und schon einige Prüfungen auf höchstgerichtlicher Ebene eben stattgefunden haben. – Punkt 2 wird also spannend, aber für mich vorläufig abgehakt.

Punkt 3: „Mehrheit ist dagegen.“ Das ist ja schön, wie salopp Sie mit Mehrheiten oder vermeintlichen Mehrheiten umgehen. Ich weiß nicht, wo Sie dann diese Umfrage gemacht haben, am Rande einer Vorstandssitzung der Grünen in Vorarlberg oder, weiß ich wo, oder am Rande eines Jahrmarktes vielleicht in Lauterach oder Wolfurt? – Mir egal. Ich habe andere Informationen und bin auch fest überzeugt, dass nach 30 Jahren Diskussion sowohl der Landtag, die zuständigen Ausschüsse, und auch die Regierung sich etwas gedacht haben, wenn sie mehrheitlich, als Volksvertreter mehrheitlich erkannt haben, diese Maßnahme ist notwendig; es gibt keine Alternative, die realisierbar und gleichzeitig ebenso verkehrswirksam ist – deshalb bauen wir diese S 18. Ich habe Umfragen – es sind allerdings nur Umfragen -, die besagen ganz etwas anderes. Nämlich, dass eine deutliche Mehrheit der Vorarlberger Bevölkerung für den Bau der S 18 ist. Und jetzt können Sie eben etwas anderes behaupten – das bleibt dann im Raume stehen. – Punkt 3 für mich abgehakt.

Punkt 4: Sie sagen, „die wesentlichen Gemeinden wie Lauterach und Wolfurt sind dagegen“, oder Lustenau auch jetzt, glaube ich, mit einer Stimme. Wissen Sie, wenn eine Entscheidung

getroffen ist und dann im Nachjassverfahren auch Meinungsunterschiede und Meinungsschwankungen da sind, dann sollte das einen Politiker nicht irritieren und den einmal für richtig befundenen Entschluss, wenn sich nicht gravierende Veränderungen an der Situation ergeben und nicht zündende Ideen, andere Alternativen auf den Tisch gelegt werden, sollte er diese Entscheidung auch konsequent verfolgen. Das verlangt der Bürger von einem Politiker, und nichts anderes tun wir, nichts anderes tue ich.

Das heißt, dass Lauterach dagegen ist, wussten wir – mehrheitlich, auch nicht alle. Ich kenne auch in Lauterach Leute, die froh wären, wenn die S 18 schon in Betrieb wäre. Also hier immer nur gerade nach Momentsituationen zu schielen wäre etwas Fatales für Politiker. Wir würden dann überhaupt nichts mehr weiterbringen.

Punkt 5: „Keine Entlastung“. Also das ist natürlich ein ganz interessanter Punkt, den Sie hier anführen. Ich weiß auch nicht, worauf Sie das begründen. Denn „keine Entlastung“ kann man ja wirklich nicht sagen, wenn auch, Herr Kollege Rauch und andere Kritiker, die es da gibt, wenn auch die Entlastungswirkungen natürlich mit Einführung der Maut und der daraus resultierenden Mautflucht eine Geringere ist als noch vor Einführung der Maut sie dargestellt wurde. Aber auf Seite 33 und auf Seite 34 der Zusammenfassung der jüngsten Studie ist sehr leicht nachzulesen, welche Entlastung die S 18 trotz Mautflucht bringen wird. Der Herr Kollege Schröckenfuchs hat schon richtigerweise einige Passagen daraus zitiert und Prozentsätze genannt. Ich meine, für alle Interessierten in dieser Diskussion sind absolute Zahlen oder weniger Kfzs oder weniger Lkws noch wirkungsvoller sich einzuprägen als Prozentsätze. Nämlich, wenn da herauskommt, dass trotz Maut, mit flankierenden Maßnahmen und Bau der S 18, und dem Anschlussstellenkonzept realisiert – Vollanschluss Weidachknoten, Halbanchluss Güterbahnhof Wolfurt; beides gut auf Schiene -, es so aussieht, dass wir täglich 17.700 Kfzs auf der S 18 haben – also nicht irgendwo in Bregenz, Lochau, Hard, Fußach, Lustenau, Höchst, sondern auf der S 18, täglich – und dass wir davon 2.140 Lkws täglich auf der S 18 haben werden. Also die sind dann nicht im besiedelten Gebiet, auf dem niederrangigen Straßennetz, wo wir sie auch nicht haben wollen.

Konkret, um die Beispiele des Herrn Kollegen Schröckenfuchs aufzugreifen: Bregenz Kaserne, 954 Kfz's pro Stunde, das sind 9.540 – man nimmt das nach internationalen Richtlinien mal 10, logischerweise nicht mal 24, und dann kriege ich den durchschnittlichen Tagesverkehr heraus. 9.540 weniger Kfz's Bregenz Kaserne, und davon 480 Lkw's. Bregenz Rheinstraße: 6.800 Kfz's weniger, 280 Lkw's. Hard Betonstraße: 8.400 Kfz's weniger pro Tag, 400 Lkw's. Fußach Gasthof Anker: 7.900 Kfz's weniger pro Tag, davon 460 Lkw's. Höchst Zentrum: 5.960 Kfz's weniger, und davon 440 Lkw's. Lustenau Hag: 2.660 Kfz's weniger, davon 700 Lkw's. Da von einer „geringen“ oder „keiner Entlastung“ zu sprechen, ist geradezu Zynismus gegenüber den betroffenen, leidgeprüften Anrainern dieser Durchzugsstraßen – Betonstraße, Rheinstraße und wie sie alle heißen. Das möchte ich einmal klipp und klar sagen.

Und jetzt zum Zeitfaktor, Herr Kollege Rauch: Diese Hochrechnungen, diese Zahlen, die der Herr Kollege Schröckenfuchs und ich jetzt genannt haben, die sind auf das Jahr 2015 ausgerichtet. Also im Jahr 2015 – ja, ich hab' Ja gesagt, „Sie können nicht lesen“. Es steht klipp und klar da! (Zwischenruf Rauch: Aber geh!) -: Im Jahr 2015 werden diese Minderbelastungen (Zwischenruf Rauch: ..das stimmt nicht!) auf Grund dieser letzten Studie da sein. Jetzt wissen wir schon, Studien haben auch Plus-/Minusschwankungen. Aber wir

müssen uns an etwas orientieren. Und zwar ist das die Studie, noch einmal, mit Maut und mit Vignettenflucht. Ohne Maut, ohne Vignettenflucht, würde das noch wesentlich besser (Zwischenruf Rauch: In der Annahme, dass der Pfändertunnel zweiröhrig ausgebaut wird!) ausschauen. – Na, wissen Sie, Sie haben das Problem, wenn Sie schon eine Studie zitieren, dann müssen Sie sich auch gefallen lassen, dass ich dann auch korrigiere und auch zitiere daraus (Zwischenruf Rauch), nämlich eine richtige, weil eine sehr wichtige Passage.

Lieber Herr Kollege Rauch! 2015 habe ich gesagt. Und eines ist auch klar: Wenn Sie hier von diesem Mauteinfluss und der Vignetten- und der Mautflucht sprechen, dann gebe ich Ihnen schon Recht, dass das vielleicht im Jahre 2015 wieder eine andere Situation sein kann, was die Mautflucht betrifft. Aber ich sage Ihnen, das ist der „worst case“, der schlechteste Fall, nämlich, dass diese Maut in Österreich noch besteht, die Vignette, und in anderen Ländern nicht und keine europäische Lösung da ist. Ich gehe davon aus, dass bis 2015 überhaupt ein europäisches Mautsystem auch für Pkw's da sein muss – das wäre übrigens eine vordringliche Aufgabe auch der EU, auch einmal einheitlich das Mautsystem zu regeln, nicht nur die Krümmung der Banane und die Länge des Kondoms zu bestimmen - und die Haltung des Traktorsitzes ist, glaube ich, auch genormt EU-weit -, sondern auch hier auf eine einheitliche Vignette zu kommen. Ja, und dann schaut das mit der Mautflucht natürlich um Jahr 2015 anders aus – aber „besser“ als in diesen Zahlen dargestellt. Auch das bitte ich Sie zu berücksichtigen.

Insbesondere mache ich zu diesem Punkt, keine Entlastung, noch einmal aufmerksam: Unabhängig von den Pkw's, die Lkw's sind ja von dieser Mautflucht nicht berührt, unabhängig davon ist es ein Hauptziel, die Lkw's aus diesen dicht besiedelten Räumen herauszubekommen – Stichwort Grenzübergang Lustenau, Stichwort Grenzübergang Höchst. Nehmen Sie sich die Mühe, gehen Sie dort einmal hin an einem ganz x-beliebigen Werktag, vielleicht nicht gerade 24. Dezember, einem x-beliebigen Werktag, schauen Sie sich an, wie dort 550 Lkw's pro Tag bis 670 Lkw's pro Tag – das eine ist Höchst, das andere ist Lustenau – täglich diese Grenzübergänge frequentieren, in dichtest besiedeltem Raum. Die müssen aber dort auch noch zufahren, die müssen auch wieder wegfahren, belasten also hier die Bevölkerung ganz enorm. Abgesehen davon, dass die Wirtschaft auch ein Recht hat, grenzüberschreitenden Güterverkehr in einem ordentlichen Ausmaß, in einem normalen Verhältnis abwickeln zu können und die Infrastruktur dafür zur Verfügung gestellt zu bekommen. - Das so weit zum Punkt 5, keine Entlastung.

Punkt 6: „1,2 Milliarden sind in den Kamin geschrieben“, sagen Sie. – Lieber Herr Kollege Rauch! Ich weiß nicht, wo Sie die Zahlen immer hernehmen. Sie scheinen da eine besondere Gabe für Zahlen, die ich nicht kenne, zu haben. Bei mir figuriert die S 18 mit ATS 860.000.000,--, das werden indexiert wohl 960/970 Millionen, vielleicht eine Milliarde sein. (Zwischenruf Rauch) Aber von 1,2 Milliarden kann nicht die Rede sein. Und wenn Sie 1,2 Milliarden kosten wird oder würde, sage ich Ihnen, dass das Verhältnis Nutzen/Kosten immer noch ein intaktes wäre, wenn ich andere Ausgaben, die in Österreich so passieren, auch im Straßenbau, aber auch in anderen Bereichen mir anschau, würden sich diese 1,2 Milliarden Schillinge für Vorarlberg und deren Bevölkerung im unteren Rheintal jedenfalls rentieren.

Punkt 7 – und damit der letzte Punkt, den ich abhaken werde -: Sie sprechen, wie immer – ohne dem geht's ja nicht – von Lkw-Transit. Wir machen also hier den roten Teppich für den schlimmsten aller Verkehre, nämlich für den Transitverkehr. Und Sie sprechen dann auch

noch gleich von Lkw-Transit. Da haben Sie das Wort Lkw sehr wohl in den Mund genommen, bei der Entlastungswirkung nicht. Da kann ich Ihnen sagen, dass Sie auch den Studien entnehmen können, wenn Sie die gut lesen, dass der neu induzierte Verkehr bezüglich S 18, nach Inbetriebnahme, auf 4 bis 7 %, also sagen wir rund 5 %, geschätzt wird. Das ist der neu induzierte Verkehr. Also, wenn Sie auf der einen Seite sich auf Studien stützen, dann müssen Sie die anderen Teile der Studie schon auch lesen und zur Kenntnis nehmen, die für Sie vielleicht für die Argumentation nicht so angenehm sind. – Ich muss auch alles zur Kenntnis nehmen, was in den Studien steht; es interessiert mich auch, was da herauskommt. Und ich sage Ihnen, da von einer Transitlawine zu sprechen, ist völlig absurd.

Dass der Verkehr zunimmt, auch der Lkw-Verkehr, ohne S 18 auch, das ist eine Tatsache, da werden wir über die Grenzen Österreichs hinaus, nämlich europaweit, uns noch viel anstrengen müssen, Hirnschmalz einbringen müssen, wie wir dieses allgemeine Problem europaweit in den Griff bekommen, natürlich auch für Österreich. Insbesondere Tirol und Vorarlberg drohen auch hier Gefahr zu laufen, den wachsenden Verkehrszahlen nicht mehr standzuhalten.

Wachsende Verkehrszahlen: Da ist es mir ein Bedürfnis auch noch zu erwähnen, dass in der Diskussion, auch von Ihnen immer wieder eingebracht wurde, „S 18 hat nur dann oder macht nur dann wirklich einen Sinn, wenn eine zweite Röhre Pfändertunnel da wäre“ – gegen die wir ja aber allgemein sind. (Zwischenruf Rauch) Da darf ich auch etwas dazu sagen, damit das gleich miterledigt ist: Der Einfluss der zweiten Röhre beim Pfändertunnel auf die S 18 ist ein geringer, deshalb ist diese Aussage, dass eine direkte Abhängigkeit besteht, auch zurückzuweisen. Ich darf feststellen, dass die S 18 natürlich mit ein Grund ist, wenn sie in Betrieb ist, für den Bau einer zweiten Röhre am Pfändertunnel, weil natürlich dadurch die Kapazität erhöht wird. Aber dort, wo die S 18 an die A 14 anknüpft, nämlich beim Güterbahnhof Wolfurt, verfügt die A 14 über ausreichende Kapazität, sie ist nämlich dort dreistreifig und die Fahrbeziehungen von der S 18 in Richtung Süden, also Feldkirch, und von Richtung Süden, aus Feldkirch, wird ja überhaupt von der zweiten Röhre Pfändertunnel nicht berührt. Und da bewegt sich auch Einiges, insbesondere im Bereich der Lkw's vom Oberland, vom Ballungsraum Feldkirch und darüber, die in die Schweiz wollen, die also überhaupt hier nicht berührt sind. Die S 18 ist also, wäre ein, für mich, Pro-Argument bei der Diskussion für eine zweite Röhre Pfändertunnel, aber nie ein Junktim, dass ich sage, „S 18 nur dann, wenn die zweite Röhre da ist“. Also da muss man trennen.

Und lassen Sie mich auch noch, weil Sie von vielen Alternativen reden, lassen Sie mich auch noch eine Alternative aufgreifen, die der verkehrstechnische Amtssachverständige aufgegriffen hat und gefordert hat: An der Stelle der S 18 den Vollausbau der L 41, Senderstraße durch das Ried vorzunehmen. Sagen Sie doch dazu auch einmal etwas, Sie zitieren ihn ja sonst auch so oft. Tatsache ist, dass alle 36 – es sind inzwischen mehr, Herr Kollege Egger -, alle 36 niedergeschriebenen, niedergezeichneten Alternativen oder so genannten Alternativen zur S 18 entweder nicht durchbringbar sind – da bin ich dann dort, wo Sie für die S 18 Hoffnung in Richtung Brüssel anlegen -, nicht durchbringbar sind, nicht realisierbar sind. Etwa die jüngsten vorgelegten Alternativen des Planers Moser, näher am Siedlungsraum von Lauterach und Hard eine Verbindungsstraße zu legen – Natura 2000-Gebiet, landwirtschaftliches Gebiet, unmöglich durchzukommen. Also das ist geradezu – ja, ich sage gar nicht, was ich darüber denke, weil es könnte mir einen Ordnungsruf einbringen. Jedenfalls zeigt das, dass man die S 18 nicht will und Alternativen auch nicht – das ist höflich

ausgedrückt (Heiterkeit!), und darüber hinaus auch politisch in den Gemeinden nicht durchzubringen. Ja Hard und Lauterach werden sich bedanken, weil ich muss ja dann auch mehr Zubringer durch die Gemeinden Hard und Lauterach wieder zu dieser Straße, wie auch immer sie heißt, haben. Also um nur ein Beispiel zu nennen, das ist keine Alternative! Die L 41, Senderstraße ausbauen durch das Ried ist auch keine Alternative, weil ich den ganzen Verkehr dann in die Zellgasse Lustenau führe, nach Höchst führe, die Problematik an den Grenzübergängen immer noch nicht geregelt ist, weder in Lustenau noch in Höchst, als ein Hauptziel, „Lkw-Verkehr weg von dort“. Es heißt also, jede Alternative, die aufgezeigt wird, kann man mit wirklich guten, sachlichen Argumenten ins Reich der Utopie verlagern. Ich bitte Sie, das auch zur Kenntnis zu nehmen.

Und, wie gesagt, aus Verfahrens- und Verwaltungsvereinfachungsgründen darf ich die

Anfrage des Abgeordneten Rauch zum Thema S 18 – Verfahrensstand (910-97),

heute eingebracht, nun auch wie folgt beantworten:

Die Fragen 1 und 2 sind gemeinsam zu sehen. Sie fragen, „Sind alle im Umweltbericht des Trassenverordnungsverfahrens aufgezeigten Maßnahmen, mit welchen die negativen Auswirkungen der Errichtung der S 18 verhindert werden sollen, Gegenstand des laufenden Verfahrens nach dem Gesetz für Naturschutz und Landschaftsentwicklung? Wenn Nein, welche Maßnahmen sind nicht Verfahrensgegenstand und warum nicht?“ – Da kann ich Ihnen sagen: Ja, alle die relevant sind, sind Gegenstand des Verfahrens. Im Übrigen ist das ein laufendes Verfahren und ich kann der zuständigen Behörde BH Dornbirn, und will und kann auch nicht vorgreifen. Tatsache ist, wie Sie wissen, dass das Landschaftsschutzverfahren als so genanntes „Leitverfahren“ am 27. Jänner 1999 beantragt wurde. Die mündliche Verhandlung der BH Dornbirn hat am 24. Mai 2000 stattgefunden. Und den Bescheid in erster Instanz erwarte ich im Laufe des späten Frühjahrs (Zwischenruf Rauch) oder frühen Sommers, also in etwa 4 Wochen.

Die weiteren Relevanten sind – warten Sie, haben Sie ein bisschen Geduld! (Zwischenruf Rauch: ..alle!) Warten Sie, haben Sie ein bisschen Geduld; ich komm ja oder ich bin ja noch dran, Herr Kollege Rauch. Schreiben Sie fleißig mit, hören Sie zu, verarbeiten Sie das zu Hause. (Zwischenrufe – Rauch: Ist beantwortet! – Dr Keckeis) Weitere Behördenverfahren sind, nach abgeschlossener Grundabläse, das Verfahren nach dem Wasserrecht, nach dem Forstrecht, nach dem Eisenbahnrecht, Leitungsquerungen und –verlegungen haben noch verschiedene Bewilligungen benötigt oder werden benötigen – auch das muss noch abgewickelt werden. Und dann braucht es natürlich noch verschiedene Bewilligungen für die Detailplanungen, wie zum Beispiel der Kunstbauwerke Brücken und Tunnel, die landschaftspflegerische Detailplanung, flankierende Maßnahmen im entlasteten Straßennetz nach Vorliegen der Landschaftsschutzbewilligung. Dann wird es übrigens auch noch eine volkswirtschaftliche Bewertung geben. Das heißt, es sind noch eine Reihe von kleinen üblichen Bewilligungen notwendig, die sich aber im Zuge des Verfahrens natürlich alle werden stellen müssen dem Verfahren selber, und natürlich auch entsprechend dann behandelt werden von der zuständigen Behörde.

Und wenn Sie fragen, „ob im Umweltbericht der Trassenverordnung oder des Trassenordnungsverfahrens zur S 18 die aufgezeigten Maßnahmen sowie die im Gutachten

des Amtssachverständigen für Naturschutz und Landschaftsentwicklung im laufenden Verfahren nach dem Gesetz für Naturschutz und Landschaftsentwicklung geforderten Maßnahmen, wie insbesondere Lärmschutzwände, Wilddurchlässe, Tunnel, Wirtschaftswege und landschaftspflegerische Maßnahmen sowie der vorgesehene Radweg, eine Enteignung der hierfür erforderlichen Grundflächen rechtlich möglich machen. Und, wenn Nein, für welche Maßnahmen ist keine Enteignung möglich?“, sage ich Ihnen, ich gehe davon aus, dass für alle diese Maßnahmen, im Gesamten gesehen, für die S 18, weil sie wichtig sind für die S 18, Enteignungen erstens hoffentlich nicht notwendig sind, und Zweitens, wenn notwendig sind, auch möglich sind. Ich kann das aber wirklich nicht vorwegnehmen, weil es sind höchstgerichtliche Entscheidungen. Und ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob ich die Enteignung für den Radweg durchbringe, ob die möglich ist oder nicht. Ich werde sie, wenn notwendig, beantragen. Ob sie durchzubringen ist, wird man am Obersten Gerichtshof entscheiden. Also, Sie überschätzen mich hier etwas in meiner Kompetenz und in meinen Möglichkeiten, hier vorab schon Ihnen zu sagen, ob wir die durchbringen werden, die höchstgerichtlichen Angelegenheiten oder nicht. (Zwischenruf Rauch) – Natürlich, das ist genau die Frage! (Zwischenruf Rauch: Nein!)

Im Punkt 3: „Wird das Projekt der S 18, wenn für die erforderlichen zu Punkt 2 beschriebenen Maßnahmen keine Zustimmung der Grundeigentümer erreicht werden kann und auch eine Enteignung nicht möglich ist, ohne diese notwendigen Begleitmaßnahmen verwirklicht?“ – Also, unseren Willen, die S 18, dieses Projekt zu verwirklichen, kennen Sie. Es wäre schade, würde man einen Teil dieser begleitenden Maßnahmen, die für uns wichtig sind, wie die Wilddurchlässe – wir gehen da sehr, wir gehen da wirklich sehr auf alle ein, die einen positiven Beitrag leisten können, die die Störung – und eine Störung ist es zweifelsohne – der Landschaft, der Riedlandschaft, der Natur dort, der Lebenswelt dort, reduzieren. Auf alle Maßnahmen gehen wir gerne ein. Und ich sage auch immer, da soll's nicht, da soll's dann nicht am Geld scheitern. Und ich hoffe, es scheitert dann auch nicht am guten Willen der Betroffenen, uns diese flankierenden Maßnahmen, wenn einmal die S 18 als solche fixiert ist, rechtlich durch ist, auch noch bauen zu lassen, zur Reduzierung der Störeffekte. Das wäre ja dann sonst geradezu paradox, wenn man sagt, „jetzt ist die S 18 da, aber ich tu jetzt leidwerken und aus Justamentsstandpunkten heraus lasse ich jetzt da auf meinem Boden keine flankierende Maßnahme zu, die aber sich positiv auswirken würde“.

Punkt 4: „Wozu soll der geplante Zollamtsplatz im Einzelnen dienen?“ – Also, Sie wissen ja, dass ich kein Zöllner bin, auch nicht vorhabe, einer zu werden. Aber ich habe Ihnen schon erklärt, dass der grenzüberschreitende Lkw-Verkehr uns große Sorgen macht. (Zwischenruf Schröckenfuchs: Uniform stünde Dir aber gut!) – Herr Kollege Schröckenfuchs, Sie wissen, dass mir Uniform gut stünde oder steht, ich war ja während meines Grundwehrdienstes (Zwischenrufe – Schröckenfuchs: Ja, ja! – Mag Neyer) als Soldat, nicht Schwejk, sondern Gorbach, unter ihren Fittichen. (Heiterkeit!) Und es freut mich, wenn Sie das so gesehen haben. (Zwischenrufe – Schröckenfuchs: Soldatenvertreter!) – Soldatenvertreter auch noch, jawohl. (Präsident: Können wir bitte zur S 18 wieder zurückkommen!) Ich habe mich damals schon für die Anliegen der Mitkämpfer, im wahrsten Sinne des Wortes, eingesetzt.

Ja, zurück zur S 18. Zollamtsplatz: Herr Kollege Rauch, die Problematik Lustenau und Höchst habe ich heute schon angesprochen. Genau das, was dort jetzt abgewickelt wird, nämlich Zollabfertigungserledigungen, sollen dann bei diesem Zollamt abgefertigt werden oder erledigt werden. Einen Großteil wollen wir aber, um möglichst fließenden Verkehr auch

zwischen Vorarlberg und Schweiz zuzulassen, in Wolfurt abwickeln – Details dazu sind noch auszuverhandeln mit Schweizer und österreichischen Zollbehörden. Ich sage Ihnen auch, mir wär's am liebsten, wenn man das Zollamt während dem Bau oder kurz nach dem Bau – vorher wage ich gar nicht zu hoffen – der S 18 schon gar nicht mehr bräuchten, weil die EU erweitert wurde um die Schweiz. Die letzte Abstimmung hat zwar kein Signal in diese Richtung gegeben. Wir werden aber das Zollamt – und das lassen Sie mich auch noch erklären – auf jeden Fall baulich so ausführen, dass es rasch abzutragen wäre, wenn die Schweiz dann in die EU kommt, und rasch auch Adaptierungen vorgenommen werden können an der S 18, was die Zubringer betrifft. Wenn wir diesen Hals Zollamt nicht mehr benötigen, können wir von Lustenau Verkehr aus Hard und Lustenau kommend direkter und besser, zweifelsohne, auf die S 18 aufleiten. Das heißt, am Zollamtsplatz werden also die üblichen Zollamtsgeschäfte abgewickelt. Vielleicht kann da dann der Herr, wenn's gewünscht ist, der Herr Vizepräsident Lampert, von Beruf Zöllner oder zumindest in diesem Bereich tätig - immer noch, karenziert oder wie auch immer -, dann noch mehr dazu sagen. Auf jeden Fall, mir ist wichtig, dass das nicht mehr in Lustenau und Höchst, in besiedeltem Gebiete passiert.

Punkt 5 ihrer Frage: „Sind für die Realisierung des Projektes S 18 auch in der Schweiz noch Verfahren durchzuführen? Wenn Ja, welche?“ – Nun, Sie wissen, dass sich mein politischer Kompetenzbereich innerhalb der Landesgrenzen bewegt. Ich kann Ihnen aber dazu sagen (Zwischenruf), dass schon Verfahren in der Schweiz notwendig sind, weil ja bekanntlich die S 18 eine Verbindung zwischen österreichischem Straßennetz A 14 und Schweizer Autobahn A 13, früher N 13, stattfindet. Das heißt also, dieser Anschluss dort ist verfahrensmäßig auch noch abzuwickeln und durchzuführen. Wie mir aber erst vor drei Wochen von Schweizer Seite bestätigt wurde, im Zuge eines Regierungstreffens St. Gallen/Vorarlberg: Es ist dort mit keinen besonderen Problemen oder Verzögerungen zu rechnen. Das heißt also, Ja, aber sie werden oder sollen, laut politischer Einschätzung der Schweizer Kollegen (Zwischenruf), keine Probleme machen. Ein Teil ist bereits gebaut, also vorbereitet, es wird aber trotzdem auf Grund der zeitlichen Verzögerung noch Bewilligungen benötigen.

Punkt 6: „Mit welcher Verfahrensdauer wird gerechnet?“ – Das ist eine gute Frage. Ich kann Ihnen sagen, dass wir nach Abschluss des Landschaftsschutzverfahrens und allenfalls Durchgehen und Durchwandern verschiedener Instanzen die Grundablösen vornehmen werden. Ich sage jetzt einmal, da wird vorgesehen 2002 – heuer noch Instanzen, wo ich hoffe, dass das auch zügig abgewickelt werden kann in höheren Instanzen, weil ja die Thematik S 18 dort nichts Neues ist, mit verschiedensten Problemstellungen im Rahmen der S 18 sind die Höchstgerichte ja schon beschäftigt gewesen. Eines habe ich schon aufgezeigt; ein Zweites wäre für den Halbanschluss Güterbahnhof Wolfurt, der ja auch durch alle Instanzen gegangen ist als erster Teil der S 18. Sie wissen, dass auch dort die Betreiber der S 18 Recht bekommen haben. Also ich hoffe doch, dass man sich auf diese Erkenntnisse auch etwas stützt, höchstgerichtlich, ohne da etwas präjudizieren zu wollen oder zu können, und man diese Verfahren dann zügig abwickelt. 2002 also Grundablösen. Dann kann ich diese weiteren Behördenverfahren abwickeln: Wasserrecht, Forstrecht, Eisenbahnrecht und so weiter. Dann sind wir also im Jahre 2003. Und wenn es dann wieder Instanzen braucht und gut geht und gut läuft, ist ein „good case“ sicherlich - „best case“, wenn Sie so wollen – Ende 2003/Anfang 2004 Baubeginn, aber mit einigen Inponderabilien, wie es so schön heißt – „Unberechenbarkeiten“ -, natürlich noch beinhaltend.

Lieber Herr Kollege Rauch! Nachdem Sie ja in einer Gruppe sind, wo Natur eine große Rolle spielt, habe ich gerade auch noch (Zwischenruf) aus dem aktuellen Mondkalender gelesen, was er zum heutigen 4. April sagt. (Heiterkeit!) Und er sagt eigentlich etwas sehr Gutes zur Diskussion jetzt, aber auch zum heutigen Vormittag (Zwischenruf), nämlich: „Der heutige Tag steht im Zeichen des Löwen“ – das ist mein Tierkreiszeichen. „Sie brauchen jetzt, was Power betrifft, weder Druck noch Impulse von außen. Weil ihre innere Motivation stimmt, ist es ihnen ein Leichtes, ganz allein loszulegen.“ – Ganz allein bin ich Gott sei Dank nicht, auch nicht bei der S 18, sondern ich hab‘ da gute Mitstreiter. Aber ich darf Ihnen sagen, zusammengefasst heißt die allgemeine Tendenz zum heutigen Tag, aus dem Mondkalender: „Mit voller Kraft voraus“. Danke! (Zwischenruf Halder: Löwen brüllen kürzer, geh?! – Heiterkeit!) (Beifall! – Auch Beifall von der Galerie!)

Präsident: Ich muss die Zuschauer auf der Galerie aufmerksam machen, dass Beifalls- oder Missfallenskundgebungen (Zwischenruf: Ja, ja, weil so gut warst! – Heiterkeit!) nicht gestattet sind. Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Rauch zu Wort gemeldet. (Zwischenrufe – Halder)

Rauch: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Herr Landesstatthalter, die Versuchung wäre jetzt groß, ebenso lang wie Sie zu werden. Das werde ich tunlichst unterlassen. Es ist nämlich so, dass die Dauer Ihrer Ausführungen sich verkehrt proportional verhält zur Aussagekraft und Wichtigkeit. Ich muss Ihnen dennoch bei einigen wesentlichen (Zwischenruf Gorbach), bei einigen wesentlichen Punkten (Zwischenruf Mag Neyer: Selektives Wahrnehmungsvermögen!) widersprechen.

Sie haben offensichtlich ein Szenario im Kopf, das von folgenden Zielvorstellungen ausgeht: Sie möchten die S 18 bauen. Sie möchten eine zweite Röhre für den Pfändertunnel. Sie sind dabei, die zweite Röhre für den Ambergtunnel zu verwirklichen. (Zwischenruf Mag Neyer: Ist nicht mehr zu verhindern!) Sie möchten einen vierspurigen Ausbau im Klostertal. (Zwischenrufe – Dipl Ing Beck: Ins Bradnertal! - Mag Neyer) Sie möchten dann, in weiterer Folge – und weil sich das in ihren Augen zwangsläufig so ergibt – eine zweite Röhre beim Dalaaser Tunnel. (Zwischenrufe) Sie sind dann ohnehin schon vierspurig vom Pfändertunnel bis zum Arlbergtunnel, und wollen dann in weiterer Folge eine zweite Röhre für den Arlbergtunnel (Zwischenrufe – Gorbach: Falsch! – Mag Neyer: Na, zuerst kommt der Letzetunnel!), und haben dann (Zwischenruf Gorbach: Südumfahrung Feldkirch!) die Zielsetzung, „vierspurig vom Bodensee bis nach Wien“ zu kommen. (Zwischenrufe) Das ist Ihr verkehrspolitisches Szenario, das Sie für dieses Land haben. Ich möchte dem entgegenhalten, dass zwar Ihr Mondzeichen heute vielleicht ein Gutes sein kann, dass Sie aber zur Verwirklichung dieses verkehrspolitischen Szenarios nicht nur die Hilfe des Mondes, sondern ganz wesentliche Hilfe von Bundesseite bekommen müssen, nämlich was die Finanzierung angeht. Und da ist ja Optimismus durchaus angebracht, dass Geldmittel in dieser Größenordnung – ich habe übrigens ein wichtiges Projekt noch vergessen, eines Ihrer Lieblingsprojekte (Zwischenruf Gorbach: Die Südumfahrung!) – Nein, die Südumfahrung auch; Ihr Lieblingsprojekt, seit Neuestem, ist der Tunnel nach Lech (Zwischenruf Gorbach: Ah ja, Flexenbergstunnel!), den Sie bauen wollen. Der kostet auch noch 1,3 Milliarden Schilling und ist an Sinnlosigkeit nicht zu überbieten. Sie wollen also in Summe in diesem Land, Größenordnung 50 Milliarden Schilling verbauen (Zwischenrufe – Mag Neyer: Vergiss nit den Tunnel im Muntafu!), mit der zweiten Röhre Arlbergtunnel mitgerechnet, und glauben tatsächlich, dafür das Geld von Wien zu bekommen.

Jetzt sage ich Ihnen in diesem Zusammenhang und mit der S 18 eines. Es gibt zwei Varianten, Herr Landesstatthalter: Sie können, vielleicht die nächsten fünf Jahre noch, hier sich hinstellen und den Menschen versprechen, „die S 18 wird gebaut, wir halten daran fest und es gibt eine Entlastung“, obwohl es nicht stimmt. Das werden Ihnen die Leute irgendwann nicht mehr glauben, weil Sie's seit 20 Jahren versprechen und die Straße immer noch nicht gebaut wird und auch nicht mehr durchsetzbar (Zwischenrufe – Dipl Ing Beck) – seine Vorgänger! -, nicht mehr durchsetzbar sein wird. (Zwischenrufe)

Jetzt würde ich Ihnen dringend empfehlen, anstatt sich einzubetonieren auf dieser Haltung, die so (Zwischenruf Mag Neyer) nicht mehr – oder einzuasphaltieren, gut, d'accord, auch gut – und sich nicht zu bewegen. Nehmen Sie, ich würde Sie ersuchen, ein bisschen an Beweglichkeit an, ein bisschen an Beweglichkeit an. Es braucht ja nicht viel. Es braucht die schlichte Erkenntnis, Herr Landesstatthalter, dass das, was unter anderem Ihre eigenen Sachverständigen behaupten – Ihre eigenen Sachverständigen aus Ihrer Abteilung -, dass nämlich die Entlastungswirkung a) nicht so groß ist, wie Sie behaupten; (Zwischenruf Gorbach: Ja, aber immer noch enorm!) Zweitens, dass Voraussetzung für eine angenommene Entlastung – und das haben Sie falsch zitiert – der Bau der zweiten Röhre beim Pfändertunnel ist – ohne das wird es die Entlastung in dieser Größenordnung nicht geben. (Zwischenruf : Ist ja nicht wahr!) Und Drittens, dass die von Ihnen verkündete Entlastungswirkung innerhalb kürzester Zeit durch das Verkehrswachstum wieder aufgefüllt sein wird. Und jetzt frage ich Sie: Wär's da nicht sinnvoll und an der Zeit, endlich über andere verkehrspolitische Maßnahmen nachzudenken (Zwischenruf Schröckenfuchs), auch auf Bundesebene, Herr Landesstatthalter (Zwischenruf Mag Neyer), wo Sie einen gewissen Einfluss haben. (Zwischenruf Schröckenfuchs: Überlegen Sie einmal den Inhalt von anderen Rednern!) Dass Sie dazu schauen, dass die dazu schauen könnten, dass beispielsweise die Bundesbahn, die in einem erbärmlichen Zustand (Zwischenruf Egger: Herr Rauch, eine Variante bitte!), die keine, die keine glaubhafte Alternative darstellt (Zwischenrufe - Egger: Nur eine, bitte! – Schröckenfuchs) zur Verlagerung, nicht auch noch filetiert wird in ihre Bestandteile. (Zwischenrufe – Egger: Herr Rauch, eine Variante bitte, nur eine! – Dr Schuler: Wie meistern wir den Verkehr in Zukunft?) – Ihre aufgeregte Intervention, Herr Klubobmann (Zwischenrufe – Egger: Na, ich möchte nur eine konkrete Lösung! – Dr Schuler: Die Grünen kritisieren ständig und bringen keinen Vorschlag!), Herr Dr Schuler, kann ich – ja, dann haben Sie unsere Vorschläge nicht gelesen oder nicht zur Kenntnis genommen oder nicht verstanden. (Zwischenrufe – Dr Schuler: Im Zeppelin zu transportieren! – Glocke! – Präsident: Bitte, Herr Abgeordneter Rauch, fahren Sie mit Ihrer Rede fort!) – Ich fahre mit meiner Rede fort, Herr Präsident. (Präsident: Verstricken Sie sich bitte nicht in Dialoge!) Herr Präsident, ich versuche mich (Zwischenruf Halder: Rauch fährt fort!) zu konzentrieren. (Präsident: Das ist sehr schön!)

Herr Kollege Klubobmann, Herr Dr Schuler! Die Alternativen, die nie ernsthaft geprüft worden sind von Ihnen, nie ernsthaft geprüft worden sind (Zwischenruf Gorbach: Aber bitte, 30 Jahre lang!) – Dann hätten Sie darüber nachgedacht, Herr Landesstatthalter, wie sinnvoll es denn ist, eine in Ihren Augen notwendige Verbindung zwischen der Schweizer und der österreichischen Autobahn ausgerechnet an der breitesten Stelle, durch eine Naturlandschaft und das Lauteracher Ried zu bauen. Wenn Sie jemandem den Auftrag (Zwischenrufe), wenn Sie jemandem den Auftrag geben, „das größtmögliche sinnlose Projekt (Zwischenrufe – Gorbach: Das nördliche Rheintal braucht Entlastung!) zu realisieren“, dann hätte er genau das

geplant. (Zwischenrufe – Gorbach – Glocke! – Präsident: Bitte lassen Sie den Abgeordneten Rauch zu Ende reden! – Zwischenrufe – Dr Schuler: Jo, es tut weh!) – Nein, das ist (Präsident: Sie können sich dann melden, Herr Dr Schuler! – Zwischenruf Dr Schuler) – Sie können gerne herauskommen, Herr Dr Schuler, und das widerlegen. Tatsache ist, dass Sie dieses Projekt am denkbar unmöglichsten Punkt geplant haben. (Zwischenrufe – Egger: Halt döt, weil dort am meisten Verkehr ist!) Da, wo es am meisten Schaden anrichtet und da, wo es am allerwenigsten nützt. (Beifall! – Zwischenruf Schröckenfuchs: Sagen Sie eine Ihrer Varianten!) Es fehlen diesem Projekt jegliche Perspektiven. Es fehlen zum Beispiel, um tatsächlich eine Entlastungswirkung herzubekommen – und das wissen Sie, das wissen Sie! -, zahlreiche Auf- und Abfahrten. Wo sind die?! Wie sollen denn die Dörfer tatsächlich entlastet werden? Die Lustenauer sind inzwischen draufgekommen, dass es so nicht funktioniert. (Zwischenrufe – Mag Neyer – Gorbach)

Herr Landesstatthalter! Und ich würde Sie noch einmal dringend ersuchen – und das ist eine durchaus ernst gemeinte Bitte an Sie -, versuchen Sie etwas Bewegung in die Angelegenheit zu bringen. Es nützt nichts, wenn Sie sich einzementieren in diese S 18-Geschichte, die nicht mehr zu retten ist. Ich sag's Ihnen noch einmal! Wir werden schlicht und ergreifend die rechtlichen Maßnahmen, die erst jetzt da sind mit Natura 2000, nützen, um eine Nachnominierung der Gebiete zu erreichen. Und Sie wissen genau, dass dann auf dieser Ebene das Projekt nicht mehr durchsetzbar ist. Und je schneller Sie anfangen, Herr Landesstatthalter, über andere Möglichkeiten nachzudenken, auch über Varianten nachzudenken, die von ihrer Örtlichkeit her nicht quer durch das Lauteracher Ried gehen. Das verstehen die Menschen nämlich nicht in diesem Land. (Zwischenruf Gorbach: Alles passiert, alles passiert!) – Nein! – Das verstehen die Menschen nicht. (Zwischenruf Gorbach: Alles passiert!) Die Menschen verstehen nicht, warum, wenn es diese Straße braucht, diese Verbindung braucht, sie genau just an diesem Punkt stattfinden muss. (Zwischenruf Dipl Ing Beck) Das ist nicht nachvollziehbar! (Zwischenrufe – Gorbach: Nachvollziehbare Argumente und wir besichtigen mit Ihnen die neue Trasse!) Wir haben diese Besichtigungen gemacht im Lauteracher Ried im vergangenen Jahr, wo ausgepflockt worden ist (Zwischenruf Gorbach: I kann an Schilift ou nit in der Sahara bauen; ich muss a Strass bauen, wo Verkehr ist!), und die Menschen haben sich das angeschaut und haben gesagt, sie hatten „das erste Mal gesehen, was hier für eine Naturlandschaft zerstört wird“. Und das ist nicht mehr einsehbar für die Leute in diesem Land, und Sie wissen das, es ist nicht mehrheitsfähig.

Fangen Sie an über Alternativen nachzudenken, schauen Sie, dass wir zu Lösungen kommen (Zwischenrufe), die konsensfähig sind, die konsensfähig sind. Man kann verkehrspolitische Projekte dieser Größenordnung nicht mehr (Zwischenruf Gorbach: Sag mir eine!) mit dem Kopf durch die Wand erreichen. (Zwischenruf Gorbach: Sag mir eine Alternative!) Das ist so! Man kann nicht mehr mit dem Kopf durch die Wand gehen. (Zwischenruf Dipl Ing Beck: Der ist zu festgefahren, der steckt in der Sackgasse!) Herr Kollege Beck, und Sie waren ja beteiligt an der Planung, vielleicht fällt's Ihnen besonders schwer, Abschied zu nehmen von diesem Projekt – das kann ich ja verstehen. Aber ein (Zwischenruf Dipl Ing Beck: Ja, aber an die Menschen denken Sie nicht!), in Zeiten wie diesen auf einem Projekt zu beharren, das aus der Steinzeit kommt, hat mit neu regieren (Heiterkeit!) gar nichts zu tun, und mit Beweglichkeit in verkehrspolitischen Fragen schon überhaupt nichts. (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Ich begrüße auf der Zuschauergalerie die zweite Hälfte der Seniorenrunde aus Rankweil recht herzlich. (Beifall!) Herr Abgeordneter Neyer, Sie sind als

Nächster am Wort. (Zwischenruf Gorbach: Mach's aber besser! – Heiterkeit!) – Kürzer!
(Zwischenrufe – Mag Neyer: Wie wer? – Gorbach: Die letzte Wortmeldung war Schall und Rauch! – Mandak: Die vorletzte!)

Mag Neyer: Ja, Herr Präsident! Herr Kollege Rauch, Sie stellen hier im Landtag diese Anfrage, ich meine jetzt die vorige, nicht die mündlich beantwortete, und stellen sich hier heraus und behaupten, dass Sie sich für Naturschutz einsetzen. Mit Verlaub, ich nehme Ihnen das nicht ganz ab. (Zwischenruf Rauch) In meinen Augen, in meinen Augen verwenden Sie die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie als Vehikel, die S 18 (Zwischenruf Rauch: ...das Lauteracher Ried zu retten!), die S 18 zu verhindern. Das heißt, Sie missbrauchen den ehrenwerten Naturschutz für Ihre politischen Ziele. (Zwischenruf Mandak: Deswegen will man ja die Straße net, weil sie durchgeht! – Beifall!) Das sehe ich darunter.

Herr Kollege Rauch, und wenn Sie sagen, „es gibt keine Verlierer, wenn die S 18 nicht gebaut wird“. Dann sage ich Ihnen eines: es gibt natürlich Verlierer, und das sind die Anrainer an der B 202 und B 303. Das sind dann die Verlierer, wenn Sie sich durchsetzen – nicht die Landesregierung. Der Landesregierung kann's im Prinzip wurst sein, ob die Straße gebaut wird, da wohnt keiner in unmittelbarer Nähe. Aber die Anrainer an der Straße dort. (Zwischenrufe – Dr Keckeis: Du musst säge, „den Regierungsmitgliedern kann's wurst si“. – Heiterkeit!) – War gemeint, Herr Kollege Keckeis, Danke für die Präzisierung. Natürlich, Herr Kollege Rauch, niemand verbaut gerne Naturlandschaft für Straßen. Allerdings – und das scheinen Sie immer noch nicht kapiert zu haben – die Trasse ist sehr wohl sehr sorgfältig abgewogen worden. Ich hab hier nur einen kleinen Ausschnitt aus mehreren Planvarianten. (Zwischenruf Dr Keckeis: Welche Variante ist des?) Entweder, entweder Sie ignorieren beharrlich das, was auf diesen Plänen ist oder Sie können die Pläne nicht lesen. Das, was hier grün eingezeichnet ist, das sind die ausgewiesenen Naturschutzgebiete. Da gab's natürlich Varianten, die mittendurch gingen – die sind mittlerweile Gott sei Dank alle verworfen worden. Allein auf diesem Plan sind etwa 15 Varianten drauf. Und die einzig richtige Variante, die Trasse, die man jetzt verordnet, also die man vor Jahren schon verordnet hat, die jetzt zur Diskussion steht, die führt genau an diesen Gebieten vorbei – ist also die schonendste Variante, die hier überhaupt möglich ist. Und ich kann Ihnen nur empfehlen, sich diese Pläne einmal etwas zu Gemüte zu führen.

Und wenn es darum geht, abzuwägen, was geht vor, „der Schutz der Menschen vor Verkehr oder der Schutz für Natur?“, dann bin ich im Zweifel für den Schutz der Menschen vor dem Verkehr. Wenn Sie ständig von Alternativen reden, Herr Kollege Rauch, ich hab von Ihnen, ich hab von Ihnen noch nichts Sinnvolles gehört. Sie weisen da ab und zu auf die Variante Altach – Mäder hin. Das ist sicher die kürzeste Verbindung, da haben Sie schon Recht. Die wurde natürlich auch untersucht. (Zwischenruf) Allerdings, allerdings, wenn diese Variante gebaut wird, dann haben wir das, was wir eigentlich nicht wollen, nämlich die Transitspange. Eine Entlastung des Verkehrs zwischen, sagen wir Höchst und Bregenz, findet dort unten nicht mehr statt. Glauben Sie im Ernst, jemand, der von Bregenz nach Höchst will, fährt dann, weil's ein bisschen viel Verkehr auf der B 202 hat, dann hinunter bis nach Altach, dann irgendwo dort hinüber in die Schweiz und am Schweizer Autobahnnetz wieder herauf und dann herüber? Oder glauben Sie, dass jemand dort bis Lustenau fährt und dann diesen Umweg nimmt? – Ja ganz sicher nicht! Deshalb ist das die einzige Variante, die auch eine Entlastung des Rheindeltas bringt.

Und, Herr Kollege Rauch, eines kann ich mir jetzt schon nicht verkneifen. Als ich ihre Anfrage gelesen habe, ist mir Einiges relativ bekannt vorgekommen. Ich hab dann ein bisschen in meinen Unterlagen gekramt und siehe da, vor nicht allzu langer Zeit gab's so eine Broschüre, eine WWF-Studie nennt sich das, „Netz des Lebens“ – haben vielleicht andere auch bekommen (Zwischenruf Gorbach: I hob, gloub i, one!) – Du hoscht sie ou kriegt. – Ja, und siehe da, beim Durchlesen fällt mir auf, dass Ihre Anfrage über weite Strecken wortwörtlich abgeschrieben wurde. Herr Kollege Rauch, ich hätte mir ein bisschen mehr Fantasie erwartet. Immerhin, die SPÖ hat ja eine ähnliche Anfrage gestellt, und die hat sich zumindest die Mühe gemacht, eigene Ideen da drinnen zu verpacken und auch selbst zu formulieren. (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Ich sehe zu dieser Anfrage keine Wortmeldung mehr. Wir kommen zur nächsten Anfrage, die sich thematisch mit dem gleichen Gegenstand befasst, nämlich die

Anfrage des Abgeordneten Dr Keckeis an Landesrat Ing Schwärzler betreffend Mängel im Vorarlberger Naturschutz (910-92),

eingelangt am 14.3., schriftlich beantwortet am 3.4.2001. Ich sehe keinen Wunsch zur Diskussion.

Damit kommen wir zur nächsten Anfrage, nämlich die

Anfrage der Abgeordneten Dr Nußbaumer und Kollegen an Landesrat Ing Schwärzler betreffend Gastarbeiter in Vorarlberg, Integrationsmaßnahmen (910-93),

eingelangt am 21. März, schriftlich beantwortet am 3.4.2001. Wünscht die Anfragerin das Wort? – Ich erteile es ihr.

Dr Nußbaumer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Herr Landesrat Erich Schwärzler, vielen Dank für die Beantwortung unserer Anfrage. Wenn man liest und hört, was sich in Vorarlberg, vor allem auf Gemeindeebene auch zur Integration von ehemaligen Gastarbeitern tut und getan hat, müsste man annehmen, es sei eigentlich alles bestens in Ordnung. Der Ansatz, möglichst früh, das heißt im Kindergarten und in der Schule den Integrationsprozess einzuleiten, ist sicher richtig. Trotzdem werden wir die kulturellen Barrieren nicht überwinden und weiterhin als bedrohlich empfinden, wenn wir nicht gewillt sind, uns mit dem Fremden auseinander zu setzen.

Integration beginnt im Kopf und muss von gegenseitigem Verständnis getragen sein. Verständnis für die Lebenssituation anderer Volksgruppen können wir aber nur aufbringen, wenn wir bereit sind, Zeit zu investieren, um uns möglichst umfassend zu informieren. Zu diesem Zweck haben wir im ÖVP-Klub eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich ein halbes Jahr lang mit vielfältigen Fragen im Zusammenhang vor allem mit türkischen Migranten befasst hat. Vor Installierung dieser Arbeitsgruppe war unser Wissen über die Bedingungen, unter denen Ausländer in Vorarlberg leben, eher gering. Man hörte Schlagworte wie, Schächtung, islamisches Zentrum, patriarchalische Familienstruktur, Frauen mit Kopftuch, islamische Fundamentalisten und vieles andere mehr. Mit zunehmendem Informationsstand hat sich dann aber das oberflächliche Bild in eine Ahnung zumindest des schwer zu durchschaubaren Beziehungsgeflechts der östlichen Kultur gewandelt. Ich möchte jetzt nicht

umfassend auf dieses Thema eingehen, das würde den zeitlichen Rahmen einer Anfrage bei Weitem sprengen. Aber ich möchte ein paar Gedanken und Gegebenheiten herausgreifen, die mir persönlich wesentlich erscheinen:

Etwa den grundlegenden Unterschied zwischen der östlichen und der westlichen Kultur. Während dort der Einzelne einer Gruppenzugehörigkeit untergeordnet wird, steht bei uns das Individuum im Vordergrund. Der hohe Stellenwert der Großfamilie, der Sippe, und der nach unseren Maßstäben übersteigerte Ehrbegriff hat sicher etwas mit dem mangelhaften staatlichen Sozialsystem zu tun. So wird die Familie nämlich zum einzigen Netz, dem man dann auch ausgeliefert ist. Schon dieser kulturell und sozial bedingte Unterschied allein führt zu Missverständnissen auf beiden Seiten. In den letzten Tagen war immer wieder von der hohen Gewaltbereitschaft einzelner Jugendgruppen, bei denen sich auch türkische Cliques hervorgetan haben, die Rede. Ich möchte nicht die Schlägereien als solche entschuldigen, aber ich bin überzeugt, dass es wichtig ist, den Hintergrund, vor dem solche ethnisch gefärbten Streitigkeiten eskalieren, zumindest in Ansätzen zu erkennen, am Beispiel türkischer Jugendlicher:

Sie wachsen in der zweiten oder dritten Generation in Vorarlberg immer noch als „Gastarbeiterkinder“ auf. 38 % von ihnen besuchen die ASO – also die allgemeine Sonderschule. Glauben wir wirklich, dass ein derart hoher Prozentsatz als „lernschwach“ eingestuft werden muss? Ist es nicht viel eher das Problem der Sprache und der Halbsprachlichkeit? – Das heißt, dass sie weder ihre Muttersprache noch Deutsch richtig sprechen können. Sie sitzen zwischen zwei Stühlen, auch was ihre Zugehörigkeit zur ethnischen Gruppe betrifft. Sie fühlen sich nirgends wirklich zugehörig. Nicht zur östlichen Kultur, weil sie die Diskrepanz natürlich tagtäglich spüren. Den Vater als unangefochtenes Familienoberhaupt erleben sie in der Realität als schlecht bezahlten und in der gesellschaftlichen Hierarchie ganz unten angesiedelten Hilfsarbeiter, als erfolglosen Wohnungssuchenden und als sprachgehemmten Bittsteller bei Ämtern und Behörden. So entsteht für sie ein nicht zu klärendes Spannungsfeld und das alte, tradierte Weltbild geht in Brüche. Die Jugendlichen fühlen sich aber auch in Vorarlberg nicht richtig zugehörig. Mangels Schulabschluss haben sie kaum eine Chance auf eine ihren Neigungen entsprechende Lehrausbildung und werden praktisch in dieselbe Berufslaufbahn gedrängt wie ihre Väter. Dazu kommt noch die Wut, wenn ihre Vorarlberger Altersgenossen sich so viel leichter tun wie sie im Beruf, bei Mädchen, in der Gesellschaft. Dadurch entstehen Aggressionen, die gesellschaftspolitischen Sprengstoff bieten.

Es ist unsere Pflicht als Politiker, solche unerwünschten Strömungen zu hinterfragen und zu versuchen entgegenzuwirken. Wenn wir die Probleme nicht ernst nehmen, dann werden uns die Konsequenzen einmal teuer zu stehen kommen. Ich bin daher sehr froh, dass aus der Anfragebeantwortung hervorgeht, dass die Aktion „Mitarbeit“ und die „KultUrsprünge“ sich dieses Themas annehmen werden. Erst wenn man die Problemstellung als solches erfasst hat, kann man die Aufarbeitung in Angriff nehmen. Dazu braucht es innovative Ideen, die einen Denkprozess anregen. Integration, Migration, Fremdenfeindlichkeit sind vielschichtige Begriffe, die in alle Lebensbereiche hineinspielen. Ich habe jetzt nur den kleinen Bereich der türkischen Jugendlichen herausgegriffen, um an Hand deren spezifischer Problematik einen Eindruck für die Lebenssituation von Minderheiten in Vorarlberg anzureißen.

Abschließend möchte ich festhalten: Ich habe kein Verständnis für prügelnde Väter, egal ob In- oder Ausländer. Ich habe kein Verständnis für Männer, die ihre Frauen unterdrücken, sei es finanziell oder mit körperlicher oder physischer Gewalt, egal ob In- oder Ausländer. Ich habe auch kein Verständnis für diejenigen, die unser soziales System über Gebühr ausreizen, egal ob In- oder Ausländer. Ich habe aber viel Verständnis für unterschiedliche Kulturen und für deren Begleiterscheinungen, die sich im gelebten Miteinander niederschlagen. Es nützt nichts, die Integration der Minderheiten einzufordern, aber im gleichen Atemzug abzuschotten und die Augen vor den bestehenden Unterschiedlichkeiten zu verschließen. Es erscheint mir wichtig, offen zu sein für echte Toleranz und Respekt vor anderen Kulturen und deren Menschen. (Beifall!)

Während der Ausführungen der Frau Abgeordneten Nußbaumer übernimmt Vizepräsident Lampert um 16.19 Uhr den Vorsitz.

Vizepräsident Lampert: Ich danke der Frau Abgeordneten Nußbaumer. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mandak. Ich erteile es ihr.

Mandak: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Vorab möchte ich eines klarstellen: Ich möchte nicht über Gastarbeiter reden, auch nicht in Anführungszeichen. Ich denk', wir reden über Migranten und Migrantinnen. Denn die Menschen, die hier leben, sind eben keine Gäste, die kurz vorbeischauen und dann wieder gehen, sondern sie bleiben Jahre, Jahrzehnte, und oft einmal den Rest ihres Lebens. Sie sind auch nur zum Teil Arbeiter und Arbeiterinnen, viele von ihnen sind viel zu jung zum Arbeiten und viele von ihnen würden gerne arbeiten, aber sie dürfen es nicht tun, weil sie keine Bewilligung haben. Sie sind damit verdammt zur Untätigkeit. Und auch wenn sie eine Bewilligung haben, dann ist es oft sehr, sehr schwierig, eine geeignete Arbeit zu finden, die über dem Anspruch des Hilfsarbeiters oder der Hilfsarbeiterin liegt, weil die Sprache ein enormes Hindernis darstellt und viele Tätigkeiten auch sprachliche Verständigung voraussetzen. Wie oft höre ich auch von Politikerinnen und Politikern den Vorwurf, „die Leute wollen ja gar nicht Deutsch lernen, die sind ja schon seit Jahren im Land, sprechen kein Deutsch oder kaum Deutsch und passen sich nicht an“. – Hm, ich möchte nicht wissen, wie's uns gehen würde, wenn wir in die Türkei fahren oder in der Türkei leben möchten und dort versuchen, türkisch mit all seinen Tücken und der anderen Schreibweise zu erlernen. Verschärfend müsste natürlich noch dazu kommen, dass wir in einer Region leben, in der ein sehr stark ausgeprägter Dialekt gesprochen wird und in der viele Leute, mit denen wir zu tun haben, die Sprache noch einmal verdrehen, im guten Glauben, damit verständlicher zu sein. „Und Du verstehen, was ich sprechen?“, oder einfach und klar, „varstohscht?“ Das ganze Sprachstudium natürlich nach mindestens 8 Stunden Arbeit am Tag und oft mehr. Und dann sind da andererseits die Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen der eigenen Nationalität, mit denen man natürlich gut und problemlos kommunizieren kann. Ich weiß nicht, was wir tun würden in dieser Situation – wahrscheinlich würde es uns ähnlich gehen und die meisten von uns wären auch nach vielen Jahren nur in der Lage, ganz einen begrenzten Wortschatz zu verwenden.

Selbst wenn die Migrantinnen und Migranten sich aufrufen können einen Sprachkurs zu besuchen, so bieten viele dieser Kurse absolut nicht das, was die Betroffenen brauchen, und sehr, sehr viele von ihnen brechen ab. In Basel gibt's ein Modell, das sehr zukunftssträftig scheint. Dort ist man nämlich hergegangen und gibt Gutscheine aus für Migrantinnen und Migranten, die können dort einen Sprachkurs besuchen und, das Besondere dabei ist, dass es

die Sprachkurse für verschiedene Bildungsgrade gibt. Also nicht einen Kurs sozusagen „Deutsch für Ausländer“, wo alle über einen Kamm geschoren werden, weil’s natürlich ganz, ganz darauf ankommt, welchen Bezug ich zu meiner Muttersprache habe. Und wenn ich zum Beispiel mir schwer tue in der Muttersprache kompliziertere Sätze zu bilden, wenn ich von Grammatik in der Muttersprache eigentlich keine Ahnung hab und mir ohnehin auch schwer tue, zum Teil mich sprachlich auszudrücken und auch schriftlich auszudrücken, dann kann ich natürlich nicht den gleichen Sprachkurs besuchen wie jemand, der vom Heimatland her eine gute Schulbildung mitbringt und auf einem ganz, ganz anderen Niveau ansetzen kann. Ich halte es für sehr, sehr wichtig, dass man hier wirklich gezielt auf die verschiedenen Bildungsgrade eingeht. Und, was dort zusätzlich angeboten wird, und das ist natürlich noch einmal eine große Erleichterung, dass das Angebot auch wirklich genutzt werden kann, es wird parallel dazu eine Kinderbetreuung angeboten. Und, die gesamten Kurse, die angeboten werden, sind auch auf die Arbeitszeiten abgestimmt. Das heißt, nicht irgendwann einmal so, dass es unmöglich wird, sie überhaupt in Anspruch zu nehmen.

Dass in dieser Richtung im Land kaum Aktivitäten stattfinden, wundert nicht, wenn man die Antwort auf die Frage 2 der Anfrage liest. Da ist mir nämlich ganz schlagartig klar geworden, warum es keine Ausländerbetreuungsstelle mehr gibt im Land, warum unser Antrag auf die Einrichtung einer landesinternen Verknüpfungsstelle für MigrantInnenfragen abgelehnt worden ist, und das ebenso geschehen ist bei der Forderung einer Plattform für Migrationsfragen. Die wesentlichen Schritte für die Integration werden, laut Anfragebeantwortung, nämlich im Kindergarten und in der Schule gemacht. Da müssen die Leute halt warten, bis sie Kinder bekommen und die werden dann integriert. Wir meinen, das kann es nicht sein. Wir können doch nicht die Erwachsenen mit ihren Sorgen und Fragen des Alltags sozusagen im Regen stehen lassen. Wir meinen, dass auch das Land die Verantwortung hat, für MigrantInnen etwas zu tun. Es gibt in der Anfragebeantwortung eine Reihe von Institutionen, die erwähnt sind, die teilweise Hilfe anbieten. Und ich habe in den vergangenen Monaten an einer Reihe von Gesprächen teilgenommen, in der verschiedenste Vertreterinnen und Vertreter einzelner Einrichtungen waren, und auch Vertreter der MigrantInnen selber, und da ist es ganz klar gewesen, dass es eine Reihe von Maßnahmen brauchen würde, um das Leben miteinander hier im Land zu verbessern. Und es ist auch klar geworden, dass es eine ganze Reihe von sehr, sehr klugen Köpfen im Lande gibt, Köpfe mit ganz verschiedensten Staatsbürgerschaften, die viele Ideen hätten. Einerseits im Bereich der Jugendarbeit, im Bereich der allgemeinen Beratung, im Bereich der Arbeit für und mit Frauen. Aber um diese kontinuierliche Arbeit zu ermöglichen, muss eine Koordinationsstelle eingerichtet werden, die die Aufgabe dann hat, die Fäden zusammenzuführen, zu koordinieren und andererseits auch als dringend notwendige Anlauf- und Beratungsstelle, dass diese Koordinationsstelle tätig sein kann. Diese Anlauf- und Beratungsstelle fehlt ganz, ganz massiv seit es die AusländerInnenberatungsstelle nicht mehr gibt.

Ein positives Signal von Ihnen, Herr Landesrat Schwärzler, zu diesen Forderungen, wäre ein wichtiger Schritt für das miteinander Leben von Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern einerseits und Migrantinnen und Migranten in unserem Land. Denn die wesentlichen Schritte der Integration – da sind wir uns sicher -, die werden nicht nur im Kindergarten und der Schule gemacht, die müssen bei allen Altersstufen ansetzen. Danke! (Beifall!)

Vizepräsident Lampert: Ich danke der Frau Abgeordneten Mandak. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pircher. Ich erteile es ihr.

Pircher: Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hoher Landtag! Für mich sind die jüngsten gewalttätigen Auseinandersetzungen unter Jugendlichen nur am Rande eine Frage von Integration. Für mich stellt sich das Problem vielmehr darin, dass es einzelne Gruppen gibt, die extrem gewaltbereit sind. Diese Gruppen sind Skins, Punks und auch ausländische Jugendliche. Wo wir ansetzen müssen ist, meiner Meinung nach, eine bessere Vernetzung aller im Jugendbereich Tätigen. Wir brauchen neue Formen der Zusammenarbeit, um die Gewaltbereitschaft zu beherrschen und ihr entgegenzutreten.

Als Integration verstehe ich hier die Einbeziehung fremdsprachiger Jugendlicher als Ansprechpartner. Es gibt zum Beispiel in den Gemeinden Lustenau und Hohenems fremdsprachige Jugendarbeiter. Ich trete dafür ein, dass wir diese Zusammenarbeit verstärken und dass mehr fremdsprachige Jugendliche als Streetworker aufgenommen werden, wobei ich der Meinung bin, dass es besser wäre oder günstig wäre, allgemein mehr Streetworker anzustellen. Zusammen arbeiten müssten diese Stellen, müssten Jugendarbeiter, Streetworker, die offene Jugendarbeit, die Schule und die Vereine.

Die Gründe für die Gewaltbereitschaft sind oft vielerlei. Es ist mangelnde Kommunikation – hier wieder ein Hinweis auf die Sprache -, es ist Reaktion auf Leistungsdruck. Prävention ist hier angesagt. Reden über Gewalt würde uns helfen Kosten zu sparen. Ich bin auch nicht dafür, die Jugendlichen rasch abzuurteilen – das hätte meiner Meinung nach nicht viel Sinn. Ich bin der Meinung, dass diese Anfrage nicht den Kern trifft, dass wir aber Alles daran setzen müssen, die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen in den Griff zu bekommen. (Beifall!)

Vizepräsident Lampert: Ich danke der Frau Abgeordneten Pircher. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kasseroler. Er hat das Wort.

Kasseroler: Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach einer unkontrollierten Einwanderungswelle zwischen 1989 und 1992 hat sich Österreich, wie andere europäische Länder auch, zu einer Quotenregelung entschlossen. Und, obwohl oft kritisiert, können wir heute, glaube ich, rückblickend feststellen, dass dies zu einer gewissen Stabilisierung und Beruhigung geführt hat und uns Bilder und Berichte, wie wir sie aus anderen europäischen Ländern kennen, Gott sei Dank erspart geblieben sind.

Was den Umgang mit den Zuwanderern anbetrifft, hat sich die Politik, meiner Meinung nach, zu lange mit den Problemen der Nichtintegration beschäftigt. Hier wäre ein auch von der Politik aktiv mitgetragener Paradigmenwechsel, wenn man so will, ein Wechsel vom Defizitansatz zum Potenzialansatz, höchst an der Zeit. Nicht nur die Probleme der Nichtintegration sind es, die diskutiert gehören, sondern vor allem auch das Potenzial und die Chancen, die sich aus einer funktionierenden Integration ergeben. Wenn etwa Arbeitsmarktexperten davon sprechen, dass die Gründe für die Nichtvermittelbarkeit von Zuwanderern zu 70 bis 80 % bei der mangelnden Qualifikation oder sprachlichen Problemen liegen, dann lässt sich erkennen, dass funktionierende Integration nicht nur ein soziales oder kulturelles Anliegen sein muss. Gerade auch die Diskussion um den Facharbeitermangel zeigt ja, dass eine aktive Bildungspolitik bei jenen zahlreichen Zuwanderern, die dieses Angebot gerne annehmen würden, auch ein Beitrag für die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft darstellen könnte.

Was die Integration als gesamtgesellschaftliches Anliegen anbetrifft, heißt das für mich, nicht nur den Zuwanderer, auch mit all seinen Eigenheiten und Ängsten, als Individuum ernst zu nehmen, sondern ihn auch individuell in die Verantwortung zu nehmen. Das soll bedeuten, keine Pauschalierungen und Verallgemeinerungen, keine Diskriminierungen, aber auch keine Sonderrechte. Hilfe als Unterstützung zur Selbsthilfe, gleiche Rechte und Pflichten, aber auch die klare Kommunikation, dass Gesetzestreue und Integrationswille wichtige Voraussetzungen für einen gemeinsamen Integrationsprozess sind. Welche Maßnahmen von Seiten des Landes hier schon gesetzt wurden, hat Herr Landesrat Schwärzler in seiner Anfragebeantwortung bereits aufgezeigt. Man muss sich aber nicht unbedingt an das Schild, „Zutritt für ausländische Jugendliche verboten“, erinnern, das seit Monaten beim Eingang eines Vorarlberger Jugendhauses hängt oder an die verschiedenen Auseinandersetzungen der letzten Wochen, nicht nur zwischen inländischen und ausländischen Jugendlichen, sondern auch zwischen Zuwanderern selbst, um zu sehen, dass im Bereich der Integrationsarbeit noch längst nicht alle Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben derzeit beinahe Vollbeschäftigung, und wir haben eine im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hohe Ausgewogenheit in der Dynamik des Zusammenlebens zwischen Inländern und Zuwanderern. Ich denke also, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integrationspolitik sind so gut wie selten zuvor. Wenn ich von hier aus also die Forderung nach Schaffung einer Organisationseinheit erhebe und auch unterstütze, die Integration, und zwar nicht nur die Integration der Zuwanderer, sondern auch aller gesellschaftlichen Randgruppen professionell betreibt und auch die zahlreichen bestehenden und teilweise ehrenamtlichen Bemühungen in diesem Bereich leitet und begleitet, dann wäre dies, glaube ich, ein richtiges Signal und ein weiterer wichtiger Schritt in diesem gesamtgesellschaftlichen Anliegen. Und ich denke, diese alle Bemühungen verdienen unsere Unterstützung. (Beifall!)

Während der Ausführungen des Abgeordneten Kasserler übernimmt der Präsident um 16.39 Uhr wieder den Vorsitz.

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Abgeordneten Christoph Winder. Ich erteile ihm das Wort.

Ing Winder: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Wichtigkeit des Themas Integration lässt sich, und das kann man vielleicht zusammenfassend auch aus den Wortmeldungen meiner Vorrednerinnen und Vorredner in zwei Sätzen zusammenfassen: Einerseits ist die Art und Weise, wie mit Migranten umgegangen wird, Indikator für den Entwicklungsgrad, für die Menschlichkeit und auch die Ethik innerhalb einer Gesellschaft. Und Zweitens, wenn man so will, der wesentlich wirtschaftlichere Ansatz, Integration ist nicht zuletzt auch auf Grund der demographischen Entwicklung, mit der wir uns konfrontiert sehen, eine Zukunfts- und auch eine Existenzfrage für die meisten westlichen Länder geworden.

Ich will diese zwei Thesen im Folgenden begründen: Doktor Felix von Cube, Buchautor und auch ein begnadeter Personalentwickler, hat in seinen Bestsellern immer wieder den so genannten „flow-Effekt“ beschrieben. Mit „flow“ meint er das Gefühl von Zufriedenheit und Bestätigung, wenn es gelungen ist, aus einem unsicheren Zustand in einen sicheren Zustand

zu wechseln. Er verwendet dabei das Bild eines Bergsteigers, dessen Motivation es ist, eine Wand zu bezwingen und eben mit jedem Suchen nach einem neuen Griff, einen unsicheren Zustand in einen sicheren verwandelt, also immer mehr an Sicherheit gewinnt. Das Gefährlichste, was diesem Bergsteiger passieren kann, ist die Angst. Dann wird er inne halten, er wird sich verkrampfen, er wird so lange in der Wand hängen, bis ihn die Kräfte verlassen. Ich sehe in diesem Beispiel einige Parallelen zur gesellschaftlichen Herausforderung der Integration. Es geht auch hier darum, aus Unsicherheiten Sicherheiten zu machen. Und somit ist Integration auch als eine Chance der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und auch für Erfolgserlebnisse, wenn man so will, einer Gesellschaft zu sehen.

Andererseits gibt es gleichsam auch zu diesem Bild eine sehr große Gefahr, nämlich die Angst. Angst führt auch in diesem Bereich zu einem Abschotten der jeweiligen Kulturen, zu einer Intensivierung der Unterschiedlichkeiten, zu einer neuen Wertung und schließlich zu einer beinhalten Bewertung der jeweils anderen Kultur. Dass ein solches Nebeneinander nicht funktioniert, beweisen auch die kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die auch in diesen Bereichen immer wieder ihre Motivation gefunden haben. Wer also Ängste schürt, muss wissen, dass er damit nicht nur Stillstand, sondern auch schlussendlich, wenn man dieses Bild weiter führt und noch einmal auf den Bergsteiger zurückkommen will, den Untergang einer Gesellschaft erreicht. Und dieser Gedankengang macht auch klar, dass die Politik eine ganz besondere Verantwortung hat. Nämlich: nicht Ängste zu schüren, auch nicht in Wahlkämpfen. (Beifall!)

Migration, Immigration und Integration werden das kulturelle Gesicht Europas verändern. Kultur war noch nie und wird auch nie statisch sein, sie ist immer in Bewegung. Die politische Herausforderung ist es, einerseits die Ursachen der Migration zu beseitigen, was bedeutet, eine aktive Entwicklungshilfe zu leisten, und andererseits, den Prozess der Integration im Sinne der Anerkennung der kulturellen Vielfalt zu gestalten. Nicht Assimilation, sondern Integration. Das ist deshalb eine der politischen Herausforderungen schlechthin (Zwischenruf Egger: Auch für die Jugendhäuser?!), weil sich ohne eine funktionierende Integration unsere Gesellschaft, in meinen Augen, aufreiben wird.

Es gibt aber noch eine weitere Komponente: Die Qualität – das ist jetzt von der anderen Richtung gesehen, wie das sonst oft gesehen wird -, die Qualität unserer Integrationspolitik wird entscheiden, wie viele Migranten bei uns aufgenommen werden können. Diese Frage wird nicht zuletzt auch auf Grund der demographischen Entwicklung auch die Entwicklung unserer Wirtschaft ganz massiv beeinflussen. Der Arbeitsmarkt ist bereits heute komplett ausgetrocknet, und diese Situation wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern. Integration ist eben deshalb nicht nur ein gesellschaftlicher, sondern auch ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor. Deshalb ist es höchste Zeit zu handeln, denn je länger die unterschiedlichen Kulturen nebeneinander leben, desto schwieriger wird es, das Ziel des miteinander Lebens zu erreichen. Besonders spannend – und es wurde bereits vom Abgeordneten Kasseroler, zwar ohne es zu deklarieren, aber auch von der Kollegin Mandak erwähnt -, das Integrationsleitbild des Kantons Basel-Stadt. Den Grundgedanken kann man sich in etwa so vorstellen: Die Stadt wartet nicht mehr, bis sie durch die Probleme fehlender Integration zu teuren Maßnahmen in der Arbeitslosigkeit, in der Fürsorge, im Gesundheitswesen oder in der Justiz gezwungen wird, sie sorgt beispielsweise durch eine engagierte Begrüßung der Zuzügler, durch professionelle Information in Deutsch und in der Muttersprache, soziale Vernetzung in der Wohnumgebung, Einheimische, Nachbarn, Vereine,

und ein Sprachkursangebot – bereits erwähnt – dafür, dass Zuzügler auf einem hohen Niveau in den Integrationsprozess einsteigen und möglichst selbstständig zu Erfolg kommen. Die angestrebte soziale Vernetzung soll eben Sicherheit geben, die Startphase erleichtern und unerwünschte Entwicklungen wie Isolation, Vereinsamung und Segregation entgegenwirken. Dieses Basler Integrationsleitbild geht eben generell nicht von einem Defizitansatz, sondern vielmehr von einem Potenzialansatz aus. Ich zitiere einen Satz, mit Erlaubnis des Präsidenten, der mir sehr wesentlich erscheint: „Die Integrationspolitik will dieses Potenzial von Beginn weg durch Information und Bildung fördern und sozial, wirtschaftlich und kulturell nutzen, nach dem Prinzip, ‚fördern und fordern‘.“ Integration, und das haben auch die Basler sehr klar transportiert, geschieht nicht am grünen Tisch. Zusammen sitzen und integrieren kann man zwar in der Mathematik, aber nicht in diesem Bereich. Integration muss in sämtlichen Lebensbereichen funktionieren. Positive Beispiele gibt es mit Sicherheit vor allem in der Jugendarbeit.

Auch wenn wir dort – und diese Probleme wurden auch heute bereits angesprochen – besonders im Bereich der Gewalt oft Probleme sehen. Ich glaube, dass diese Probleme auch ein Resultat mangelnder Integration sind. Viele Migranten wachsen zwischen zwei Kulturen auf und wechseln auch täglich mehrmals zwischen diesen zwei Kulturen. Ich kenne Fälle aus der Dornbirner Jugendarbeit, die belegen, dass Jugendliche in der Früh von zu Hause in Richtung Schule gehen, sich auf dem Schulweg in einer öffentlichen Toilette das Kopftuch abziehen, sich schminken, in den Unterricht gehen, und auf dem Retourweg diesen Kulturwandel noch einmal vollziehen. Ich stelle mir schon die Frage: Wie sollen sich denn da schlussendlich die entsprechenden Persönlichkeiten herausbilden? Und ich glaube auch, gerade aus diesem Grund ist Integration auch wirklich in allen Bereichen notwendig und wichtig, und zwar im sportlichen wie auch in der verbandlichen und vor allem auch in der offenen Jugendarbeit. Und auch hier scheint das Prinzip des Förderns, aber auch gleichzeitig des Forderns grundlegend zu sein, wie auch der Erfolg der „Arena Höchsterstraße“ in Dornbirn zeigt. Das ist das im Jugendbereich größte Projekt, und zwar in Zusammenarbeit von verbandlicher und offener Jugendarbeit, und vor allem mit sehr vielen Migranten-Jugendlichen. Dieser Gedanke des Förderns und des Forderns wird auch in die Erarbeitung des Dornbirner Leitbildes für interkulturelle Angelegenheiten sehr maßgeblich miteinfließen. Ich erwähne aus dem Grund hier recht oft Dornbirn, weil wir in der letzten Zeit sehr viele Diskussionen hatten, und zwar nicht zuletzt auf Grund der Diskussionen um das Islamische Zentrum.

Zum Islamischen Zentrum an sich will ich mich gar nicht äußern, weil es sich dabei nämlich nicht um eine politische, sondern rein um eine baurechtliche Frage handelte. (Zwischenruf Mandak: A, a!) Leider haben das immer wieder einige verwechselt. Ich sage das auch dazu. Es wurde leider Gottes auch zu Wahlkampfzeiten von manchen immer wieder verwechselt (Zwischenrufe – Egger: Diese Scheinheiligkeit!), und es wurde versucht, es zu einem politischen Thema zu machen. Und ich kann Ihnen hier gerne einerseits sowohl den Herrn Stadtrat Greber zitieren (Zwischenruf Egger: Scheinheiligkeit zur Potenz!), der sich mit Händen und Füßen gewehrt hat, und andererseits von der FPÖ den Herrn Stadtrat Schönbeck, der gesagt hat, „also gut und doch ein Islamisches Zentrum, aber bitte nicht im Stadtkern, sondern irgendwo an der Peripherie, in Außenbezirken“. (Zwischenrufe - Dr Keckeis: Am besten in Hohenems! – Heiterkeit! – Egger: Döt kumm denn i, Du!) Also das ist es nicht. (Zwischenruf Dipl Ing Beck: Was hat die ÖVP-Mehrheit dazu gseit?) Es war, es war eine baurechtliche Frage, keine politische. (Zwischenrufe – Mag Neyer – Egger) – Na, also bitte

(Glocke! – Präsident: Bitte!) Wissen Sie, Herr Kollege Egger, ich habe den Eindruck, dass Sie die Thematik zu wenig kennen. Hier haben Österreicher ein Haus gekauft und haben um eine Umbaugenehmigung angesucht. Diese Fälle sind nicht politisch abzuhandeln, wenn Österreicher etwas erwerben, sondern sie sind nach dem Baurecht abzuhandeln. Wir leben in einem Rechtsstaat. (Zwischenruf Egger) Dort kann nicht politisch entschieden werden. – Nein, nicht „Zickzack“. Wenn Sie sagen, „hier hätte man politisch entscheiden sollen“, dann würden Sie damit einfordern, dass der Rechtsstaat umgangen wird. (Zwischenrufe) Das ist ganz klar.

Dennoch haben diese Diskussionen (Zwischenrufe – Dipl Ing Beck), sowohl politisch wie auch gesellschaftlich in Dornbirn Einiges bewegt – das gebe ich schon zu und das ist auch sehr gut so. Und zwar zum Positiven bewegt. Mittlerweile findet sogar ein regelmäßiger Austausch (Zwischenruf) – für Sie vielleicht unvorstellbar, Herr Kollege Beck, (Zwischenruf Dipl Ing Beck: Wieso hat der Bürgermeister mit dem Bescheid so lange zugewartet?) für Sie vielleicht (Präsident: Herr Kollege Beck, warten Sie etwas ab!) – Weil es ursprünglich Ablehnung gegeben hat, natürlich, und jetzt die Berufungskommission entschieden hat, dass es mit den neu hinzugekommenen Auflagen so geht. Das war eine baurechtliche Entscheidung. (Zwischenruf Egger: Natürlich!) Und diese Diskussionen haben allerdings in Dornbirn Einiges bewegt. Mittlerweile, Herr Kollege Beck, das dürfte für Sie sehr unvorstellbar sein, findet sogar ein regelmäßiger Austausch zwischen den katholischen Priestern in Dornbirn und islamischen Muezzins statt. Das soll aber nicht über die nach wie vor existenten Probleme hinwegtäuschen. Genannt seien an dieser Stelle noch einmal die bekannten Schlägereien unter Jugendlichen und die nach wie vor problematische Wohnsituation mancher Migranten. Ich glaube sogar, dass zwischen diesen beiden Tatsachen Zusammenhänge bestehen. Man darf sich nicht einreden, dass Integration funktionieren kann, wenn wir, wenn auch nur in Einzelfällen – dennoch gibt es solche -, nach wie vor bei einigen Wohnungen in einer Siedlung diese ausschließlich an Ausländer vergeben. Das führt zu einer Gettobildung und damit zu einer Isolation. Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, hier herinnen (Zwischenruf Egger: Was ist mit den Jugendhäusern?), diese – ja, also wir haben in den Jugendhäusern durchaus sehr gemischte Anteile von inländischen und ausländischen Jugendlichen (Zwischenruf Egger: Wo ist der Trend?), je nachdem. Wir haben aber sehr bewusst in Dornbirn – das kann ich Ihnen schon einmal erklären, Sie sind auch sehr gerne eingeladen, das anzuschauen. Wir haben auch sehr bewusst Veranstaltungen gemacht, in denen wir in erster Linie ausländische Migranten-Jugendliche ansprechen, und Veranstaltungen, mit denen wir sehr gezielt inländische Jugendliche ansprechen. Und das Dritte, Veranstaltungen, bei denen wir versuchen, diese beiden Gruppen zusammenzuführen. (Zwischenruf)

Es ist unsere Aufgabe – so sehe ich das -, konstruktiv miteinander zu diskutieren, um vor allem eben diese Ängste zu nehmen, weitere Akzente zu setzen, die mit Sicherheit notwendig sind, und vor allem auch eine Vorbildhaltung für ein dementsprechend offenes Klima einzunehmen. Die eingangs erwähnten Aussagen haben, meiner Meinung nach, die volle Richtigkeit. Die Art und Weise, wie mit Migranten umgegangen wird, ist eben Indikator für den Entwicklungsgrad, auch für die Menschlichkeit und die Ethik einer Gesellschaft. Und ich sehe auch Integration, nicht zuletzt auf Grund der demographischen Entwicklung, als Zukunftsfrage unserer Gesellschaft. (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgehakt. Wir kommen – nein: Die

Anfrage des Abgeordneten Rauch an Landesrat Rein über die Umweltbelastung durch zunehmenden Flugverkehr (910-90)

wurde außerparlamentarisch beantwortet und ist daher nicht Gegenstand der Tagesordnung.

Wir kommen nun zur

Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Pircher und Kollegen an Landesrat Dr Bischof betreffend Maria Rast – Stand der Planungen (910-94),

eingelangt am 21.03.2001 und heute ausgeteilt und steht zur Diskussion. Wünscht die Anfragerin das Wort? – Das ist der Fall. Frau Abgeordnete, kommen Sie an die Rostra.

Pircher: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! In Schruns ist der Bau eines neuen Sozial- und Gesundheitszentrums geplant. In dieses Sozial- und Gesundheitszentrum soll das jetzige Krankenhaus Maria Rast integriert werden. Dieses Krankenhaus mit seiner Nachsorgeeinrichtung bildet einen wichtigen Bestandteil in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Daher setzen wir uns dafür ein, dieses Krankenhaus und auch die Nachsorgeeinrichtung als solche zu erhalten. Gerade im Bezug auf die Betreuung von älteren Menschen, die eine längere Betreuung brauchen, im Bezug auf Zusatzangebote für ältere Leute, zum Beispiel Geriatrie, Ergotherapie, im Erlernen von den täglichen Bewegungsabläufen nach einer Krankheit, wie sich ältere Menschen wieder in den Alltag eingliedern können und psychosomatischer Betreuung, aber auch in einer ambulanten Suchtgiftbetreuung. Hier wäre eine gute Möglichkeit, ein beispielgebendes Krankenhaus für das Land zu schaffen.

Ein sehr wichtiger Aspekt kommt für uns noch dazu, und das sind die Arbeitskräfte. Es sind in Maria Rast eine Vielzahl von Frauen teilzeitbeschäftigt und diese Frauen arbeiten sehr motiviert. Wenn jetzt das Krankenhaus an Betten verliert – es ist in der Anfragebeantwortung herausgekommen, dass die Betten von 50 auf 34 reduziert werden sollen -, wenn dieses Krankenhaus jetzt weniger Betten hat, dann verlieren diese Frauen den Arbeitsplatz, ihren Teilzeitarbeitsplatz. Ein Pendeln nach Rankweil ist für sie schwierig, weil sie dann Familie und Beruf weniger leicht vereinbaren können. Für uns wäre die Erhaltung von Maria Rast in seiner jetzigen Form eine Möglichkeit, den Föderalismus zu leben, wenn man die Infrastruktur an der Peripherie nicht sterben lässt.

Ich möchte noch kurz auf die Anfragebeantwortung zurückkommen. Es steht darin, dass kein Nachtdienst vorgesehen ist, sondern nur eine Wahlarztordination während der Nacht. Das bedeutet, dass es auch kein Akutkrankenhaus mehr ist. Dann, wie gesagt, bedeutet die Reduktion auf 34 Betten für uns eindeutig eine entscheidende Verkleinerung des Krankenhauses. Das Problem von der Reduktion der Personalstellen stellt sich. Und im Hinblick darauf, dass es ein großes Einzugsgebiet versorgt, also Klostertal, Brandnertal, tut es uns sehr leid, dass dieses Krankenhaus verkleinert werden soll. (Beifall!)

Präsident: Dankeschön! Herr Landesrat Dr Bischof, bitte.

Dr Bischof: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Situation ist vielleicht doch noch ein bisschen komplizierter als ich das in der ausführlichen Anfragebeantwortung darstellen konnte. Das Krankenhaus Maria Rast hat derzeit eine Interne Abteilung, die der Internen Abteilung in Feldkirch zugeordnet ist. Es ist also eine Abteilung, die im Grunde die gesamte Leistungsbreite der internen Medizin erbringen könnte. Diese dislozierte Interne Abteilung wurde aus verständlichen und nachvollziehbaren Gründen vom Bund nicht akzeptiert. Wir haben auf Grund der damaligen Vorgaben von Maria Rast das Problem gehabt, dass der Bund uns mit einer Pönalisierung der Struktur-, der ehemaligen Strukturmittel gedroht hat, wenn diese Abteilung in dieser Form bestehen bleiben würde.

Auch der Landes-Rechnungshof hat es in seiner Stellungnahme eindeutig abgelehnt, dass hier eine dislozierte Interne Abteilung am Leben erhalten wird, weil diese niemals ökonomisch geführt werden kann und weil eine solche Abteilung in der Region ja auch nicht notwendig ist. Derzeit wird in Maria Rast, unter der Leitung von Primarius Knittl, in erster Linie schon diese Nachsorgetätigkeit vollzogen. Die Patienten kommen zu einem ganz, ganz großen Anteil aus anderen Krankenhäusern, aus den Akutabteilungen, in diese Einheit, in diese Abteilung der Internen Abteilung Landeskrankenhaus Feldkirch, Maria Rast. Wir können nun durch die klaren Vorgaben im österreichischen Krankenanstaltenplan im Vorarlberger Spitalplan diese neue Einheit mit den entsprechenden Aufträgen ausstatten.

Die Bettenreduktion ist ein relativer Eindruck einer Reduktion. Die derzeitigen 54 Betten haben eine Auslastung von etwa 80 %. Das ist für eine Interne Abteilung eine gute Auslastung, aber bei einer Nachsorgeeinrichtung erwarten wir eine Hundertprozentauslastung, weil natürlich Nachsorgepatienten länger betreut werden, weil der Wechsel viel besser planbar ist als an einer Internen Abteilung. Wie in anderen Pflegebereichen durchaus üblich, erwarten wir hier eben auch eine Hundertprozentauslastung. Sie sehen schon, deshalb sind die tatsächlich zur Verfügung und in Einsatz kommenden Betten in ihrer Zahl gar nicht so different. Auf der anderen Seite haben wir ein Sozialzentrum, das einen wesentlichen Steigerungssprung in seiner Leistungsbreite machen wird, vor allen Dingen was die Pflege von hochstufigen Pflegepatienten – also nach dem Pflegesystem „hochstufigen Pflegepatienten“ – ausmachen wird. Das heißt, wir werden in diesem Bereich wesentlich mehr Personal benötigen als wie bisher. Ich muss Ihnen auch sagen, dass wir momentan wieder ein ganz aktuelles Problem haben, das mit der Entwicklung der Konjunktur, vor allen Dingen mit der Konjunktur in der Schweiz zusammenhängt, nämlich, dass wir zu wenig Pflegepersonal haben. Also wir werden es sehr, sehr notwendig haben, alle nur erreichbaren Pflegekräfte in diese Einrichtungen zu bringen und ihnen dort mit allen Konditionen, vor allen Dingen mit der Teilzeitbeschäftigung, eine ihrer Lebensqualität angepasste Beschäftigung zu geben. Das ist also die Situation, die wir in Schruns für die Region zu erwarten haben. Diese nun eigene Nachsorgeeinheit wird eine hohe Schlagkraft haben, wird wesentlich zur Versorgung der Patienten in der Region beitragen und wird nicht mehr in diesem Zwitterspiel hin- und hergeschoben werden, Akutabteilung – Nachsorge. Nachsorge ist klar definiert als „abgestufte Akutbehandlung“. Der Patient, der die High-Tech-Medizin nicht benötigt, der pflegerische Qualität und Intensität benötigt, soll in die Nachsorgeeinrichtung kommen. Natürlich ist klar, dass bei Veränderung des Zustandsbildes sofort am Krankenhaus Bludenz oder wieder am Krankenhaus Feldkirch innert kürzester Zeit auf diese High-Tech-Medizin, auf die hochqualifizierte technische Medizin Rückgriff genommen werden kann.

Ich habe nicht gesagt, dass die Betreuung über Nacht über eine Wahlarztordination erfolgen soll. In meiner Antwort steht drinnen, dass wir versuchen werden, mit dem Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Ärzte, denen wir durchaus Räumlichkeiten in Maria Rast anbieten werden, die Sicherung der Patientenbetreuung über Nacht ermöglichen werden. Danke! (Beifall!)